AZA 3000 BERN 16 POST CH AG NR. 6 | 1. APRIL 2021 | FR. 2.80 | www.workzeitung.ch

UNIwork
DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

Frauenstimmrecht: 9 Ausstellungstipps für Ostern. Seiten 12–13

Lamaschige Kantone und Firmen sabotieren Corona-Tests.

Seite 3

Amazon: Aufstand in Alabama

Ausgerechnet im Süden der USA wird es eng für den Internet-Giganten. Seiten 10–11

Just: Ärger auch im Appenzell

Nach der Besetzung einer Fabrik in Buenos Aires wehren sich jetzt auch Arbeitnehmende im Appenzell. Seite 5

Der? Die? Das?

So übel beuten private Sprachschulen die Lehrkräfte aus. Seite 7

Lohn-Bschiss

♀♂

Verdacht auf Lohndiskriminierung? Das können Sie dagegen tun. Der grosse work-Ratgeber. Seiten 14–15

Speuzen, bitte!

FOTOS: KEYSTONE / DEMOCRACY NOW.ORG / SCHWEIZERISCHES NATIONALMUSEUM / ISTOCK

workedito
Marie-Josée Kuhn

DIE ELEFANTEN

Eigentlich sind sie überhaupt nicht für diese Jobs gemacht. Jedenfalls nicht als Reittiere. Ihr Rücken hält's auf die Dauer nicht aus. Und sie sind Wildtiere. Stattdessen werden sie gewaltsam gezähmt: die dressierten Elefanten. Zwischen 3000 bis 4000 leben und arbeiten allein in Thailand. Und was sie alles schon mussten: Kriegselefanten sein im Dienste des Königs. Holzarbeiter-Elefanten sein und mithelfen, just jenen Dschungel abzuholzen, der einst ihre Heimat war. Und heute müssen sie Lastesel spielen für die Touristinnen und Touristen. Diese ergötzen: Fussball spielen, «Männchen machen», Wasser spritzen oder zeichnen. Mit ihrem Rüssel. Mit diesem rund 60 000 Muskeln starken Allzweckorgan. Umgerechnet bis zu 900 Franken im Monat spielen die Dickhäuter ihren Halterinnen und Haltern so ein. Besser gesagt: sie spielten. Denn seit Corona sind die Strände von Pattaya & Co. leer. Und die Elefanten arbeitslos.

work ist die Zeitung der Arbeitenden, manchmal sogar der vierbeinigen.

ERST DAS FRESSEN. *Schon warnen die Wildtierexperten der Universität Chiang Mai: «Die Elefanten haben zu wenig Bewegung, und sie hungern.» Vor Corona marschierten die Dickhäuter 5 bis 10 Kilometer pro Tag. Und bekamen dauernd Goodies. Jetzt stehen sie nur noch herum. Angekettet. Man hat sie zurück in ihre Heimatdörfer gebracht. Zum Beispiel ins Elefantendorf Ban Taklang im Osten von Thailand. Vor der Pandemie lebten dort und in der Umgebung 300 Tiere. Jetzt sind es doppelt so viele. Und fressen ihre Meisterinnen und Meister zu armen Tagen. Zuckerrohr, Gras, Früchte: 300 bis 400 Kilo pro Tag – und Tier! Die Verzweiflung unter den Besitzern steigt: kein Einkommen, kein Geld fürs Futter und keine Arbeitslosenversicherung. Einfach freilassen können sie die Tiere nicht. Diese würden alleine nicht überleben. Und Freilassen ist in Thailand sowieso verboten. Was tun?*

DANN DIE MORAL. *Die Hilfe- und Spendenaufrufe auf Youtube und Facebook jagen sich. Auch viele Thais haben ein Herz für Elefanten, spenden Geld und Futter. Ananas, Mango und Melonen: Statt mageres Gras mampfen die immer hungrigen Elefanten nun Fruchtzucker. Zu viel Fruchtzucker. Werden dicker und dicker, bekommen Diabetes. Kein Wunder, sind sie schlecht gelaunt, wie ihre Meisterinnen auf den sozialen Medien beklagen. Ausgerechnet diese Rüsseltiere, die doch so kümmerig und feinfühlig sind. Sie, die jetzt schon 7 Millionen Jahre überlebt haben. Ausgerechnet sie!*

Warum diese Geschichte ins work kommt? Das fragen Sie sich jetzt bestimmt, liebe Leserinnen und Leser. Weil es eine besondere Geschichte ist. Und weil work die Zeitung der Arbeitenden ist. Manchmal sogar der vierbeinigen.

Das Frühlingswetter ist schön, die Pandemie-Aussichten weniger

Corona: Volle Kraft voraus in die dritte Welle?

PIEKS: Toni Brunner erhielt als erste Person im Kanton Bern eine Covid-Impfung. FOTO: KEYSTONE

Auch in der Schweiz steigen die Zahlen wieder. Das ist kein Naturereignis, sondern die Folge der Politik der rechten Parteien.

CLEMENS STUDER

Im Unterschied zu den Nachbarländern hat die Schweiz nur einen Büsi-Lockdown. Auch darum steigen die Zahlen wieder: bis Redaktionsschluss sind 9662 Menschen im Zusammenhang mit Covid verstorben. Die Intensivpflegeplätze sind zu 77 Prozent ausgelastet. Pro Tag gibt es mittlerweile wieder um die 2000 neue Fälle. Der Sieben-Tage-Schnitt ist um 19 Prozent gestiegen. Alle Zahlen sind schlechter als in Deutschland oder Österreich, die härtere Massnahmen getroffen haben. Oder, um es auf den Punkt zu bringen: die Pandemie könnte uns einmal mehr entgleiten. Die dritte Welle scheint bloss noch eine Frage von Tagen.

FÖDERALISMUS-VERSAGEN

Doch es gibt ein wenig Hoffnung: denn immerhin an der Impfstofffront gibt es Entwarnung. Zwar haben die wenigsten Kantone ihr Impfdispositiv wirklich im Griff. Aber nach Ostern soll es allenthalben besser kommen. Und die Verantwortlichen in den Kantonen hätten ein mögliches Vorbild: die Präsidentin der Walliser Ärztegesellschaft. Die heisst Monique Lehky Hagen und hat gezeigt, wie Hausärztinnen und Hausärzte extrem schnell extrem viele Patientinnen und Patienten impfen können.

Dass die Schweiz Corona immer wieder nicht in den Griff bekommt, hat vor allem politische Gründe. Nach einer entschiedenen Phase der Politik unter Federführung des Bundesrates wurden im vergangenen Frühsommer die Erfolge verspielt. Weil die rechten Parteien, die Verbände des Gewerbes und die meisten Kantone nach «Mitreden» schrien. Letztere haben bis jetzt nichts wirklich im Griff: weder das Contact Tracing noch das Testen, nicht die Impfkampagne – und schon gar nicht die Auszahlung der Härtefallgelder. Föderalistisches Vollversagen.

VERZWEIFLUNG WÄCHST

Wirte- und Gewerbeverband sind ideologisch in ihrer «Staat bleib weg»-Mentalität gefangen und schaden damit ihren Mitgliedern. Schlauer machte es die Finanzindustrie. Banken und Versicherungen holten sich

Die Schweiz steht schlechter da als Deutschland oder Österreich, die aber härter durchgreifen.

innert Nullkommanichts Milliarden von SVP-Finanzminister Ueli Maurer und verkauften das auch noch als KMU-Hilfspaket. Dabei flossen die Gelder hauptsächlich zu Banken, Versicherungen und Immobilienhaien. Diese konnten ihre Konten dank dem «Hilfspaket» ausgleichen, und die Banken machen damit auch noch zusätzlichen Gewinn. Denn einzig für Banken, Versicherungen und Vermietende brauchten die KMU Geld. Für die Löhne der Mitarbeitenden stand und steht die Arbeitslosenversicherung mit Kurzarbeitsentschädigung gerade. Für die meisten Betroffenen allerdings immer noch nur mit 80 Prozent. Während Firmen ihren Aktionärinnen und Aktionären gleichzeitig Dividenden auszahlen. Politisch so entschieden von der rechten Mehrheit im Bundesparlament.

Die ökonomischen Auswirkungen der Pandemiebekämpfung wachsen. Immer mehr Menschen gerade mit unteren und mittleren Einkommen sind mehr als am Anschlag. Auch das ist keine «natürliche» Folge der Pandemie. Sondern das Resultat der rechten Rappenklemmer-Politik. Im Unterschied zu unseren Nachbarländern, die wegen der Pandemiebekämpfung geschlossene Betriebe mit 80 Prozent des Vorjahresumsatzes entschädigen, gibt es in der Schweiz nichts Vergleichbares. Und mehr noch: Die Immobilienhaie haben sich im Parlament durchgesetzt und müssen ihren Mieterinnen und Mietern, die wegen der Pandemie ihre Geschäfte schliessen mussten, keinen Rappen entgegenkommen. Wen wundert's da, dass die Verzweiflung wächst. Und sich leider der Zorn auf die Falschen richtet. Die Covidioten-Demos haben – von der Polizei wohlwollend begleitet – zunehmend Zuwachs. Und die SVP bewirtschaftet das Thema. Statt sich im Parlament für tatsächliche Lösungen für die Betroffenen einzusetzen.

WAS KOMMT?

Die Zahlen sehen nicht gut aus. Selbst wenn ein immer grösserer Teil der Risikogruppen geimpft ist, steigen sie. Gerade bei Jüngeren und ganz Jungen. Schuld daran sind die Mutanten. Eine verantwortungsvolle Politik würde deshalb auf zwei Schienen fahren. Erstens: den Menschen die Existenzängste nehmen durch tatsächlich wirkungsvolle Entschädigungsmassnahmen. Geld dafür ist mehr als genug vorhanden. Bei der Nationalbank zum Beispiel. Zweitens: alles medizinisch Machbare so rasch wie möglich machen. Insbesondere die Impfoffensive beschleunigen. Denn unterdessen sind genügend Dosen da. Und dann die Testanzahl weiter erhöhen (siehe auch Seite 3). Notfalls muss der Bund den Schlampi-Kantonen Beine machen. Viele davon hatten jetzt ein Jahr Zeit, um zu zeigen, dass sie es nicht können.

WIRTEVERBAND:

AUSSER RAND UND BAND

Hilflos, hilfloser, Gastrosuisse: Die Gastrobranche gehört zu jenen Bereichen der Wirtschaft, die von den Pandemiebekämpfungsmassnahmen am heftigsten betroffen ist. Umso tragischer für die Wirtinnen, Wirte und ihre Mitarbeitenden, dass der Arbeitgeberverband Gastrosuisse (früher: «Wirteverband») seit einem Jahr so hilflos agiert wie kaum eine andere Interessenvertretung. Statt auf Entschädigungen zu pochen, wie sie in unseren Nachbarländern längst gewährt wurden, fiel Gastrosuisse-Präsident Casimir Platzer nichts anderes ein als «Öffnen!». Vollkommen vergaloppiert hat er sich dann, als er im letzten Frühling ausschliesslich den rechten Bundesrätinnen und Bundesräten ein Mail schrieb, also an die «liebe Karin» (Keller-Sutter), die «liebe Viola» (Amherd), den «lieben Ueli» (Maurer), den «lieben Ignazio» (Cassis) und an den «lieben Herrn Parmelin». Botschaft: Restaurants wieder auf, und zwar sofort!

KEIN WITZ. Bereits damals waren die intelligenteren seiner Mitglieder gedanklich und betriebswirtschaftlich schon weiter. Viel weiter als ihr Verbandspräsident. Doch Casimir Platzer irrlichtert weiter durch die Pandemie. Neuerdings mit dem Vorschlag einer Volksinitiative für Entschädigungen in einer Pandemie. Also genau das, was Platzer schon vor einem Jahr hätte haben können, wenn er nicht gepatzt hätte. Und, kein Witz, leider: 62 Prozent der Beizen waren schon vor Corona betriebswirtschaftlich nicht überlebensfähig. Sagen die Zahlen von Platzers Gastrosuisse. (cs)

Mit dieser Ausgabe (Redaktionsschluss 30. März) geht work in die Osterferien. Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint am 23. April. Bis dahin bleiben wir auf Facebook, Instagram und Twitter aktiv. Haben Sie es gut und bleiben Sie gesund!

VORBILD: Beim St. Galler Technologieunternehmen Bühler können Mitarbeitende gratis jede Woche einen Spucktest beziehen. FOTO: BÜHLER

TESTOFFENSIVE

DAS MACHT DIE UNIA

Geschäftsleitungsmitglied Nico Lutz sagt: «Wir beteiligen uns an der Testoffensive. Damit lassen sich Cluster vermeiden.» Laut Philipp Müller von der internen Taskforce werden jetzt die Details zum konkreten Ablauf festgelegt.

MASKEN. Die Schwierigkeit sei, dass sich die Unia-Sekretariate in den verschiedenen Kantonen anmelden müssten, aber noch nicht alle Plattformen in Betrieb seien. Die geltenden Schutzmassnahmen bleiben weiterhin in Kraft. So erhielten alle Unia-Mitarbeitenden neue Livinguard-Masken, die sechs Monate halten. Geplant ist, die Schalter der Arbeitslosenkassen in der Deutschschweiz ab dem 3. Mai wieder zu öffnen. (rh)

Testoffensive des Bundes: Firmen stehen auf der Bremse

Spucken Ja, zahlen Nein!

Scheitert die Spucktest-offensive des Bundes am passiven Widerstand der Firmen? Arbeitgeber wehren sich gegen Quarantänepflicht.

RALPH HUG

«Mit Ungeduld» erwarte die Wirtschaft die Testoffensive aus Bern: So lautete der Tenor, als Gesundheitsminister Alain Berset Mitte März das neue Schnelltestregime des Bundes verkündete. Überall sollen Unternehmen und Schulen ab sofort massenhaft testen. Doch viele Betriebe rühren sich bisher kaum – von ein paar löblichen Ausnahmen abgesehen (siehe Text unten).

MAGERES ECHO

So manche Chefs wollen erst mitmachen, wenn es klare Direktiven aus Bern oder vom zuständigen Kanton gibt. Das zeigen Recherchen von work in Personalkommissionen: Zum Beispiel sagt Unia-Mann Hans Bänziger von der Arbeitnehmervertretung des Kabelkonzerns Huber+Suhner in Herisau AR: «Bei uns laufen Abklärungen.» Festgelegt sei aber noch nichts. Man müsse pragmatisch bleiben. Die Schutzvorrichtungen im Betrieb seien gut. Nur die Stiftinnen und Stifte müsse man hin und wieder ermahnen, wenn sie sich zu nahe kämen. Ähnlich tönt es bei Siemens. Auch dort wird intern rege diskutiert, aber nichts ist festgelegt. Gegen die Spucktests gibt es Bedenken wegen des Aufwands und der Logistik. Grosskonzerne mit vielen verschiedenen Standorten wie die Post oder die SBB sehen sich vor grössere Probleme gestellt. In etlichen Kantonen ist das Echo mager. So etwa im Trödler-Kanton St. Gallen. Dort hat sich gerade mal ein Prozent der Unternehmen für die Spucktests angemeldet. Kein Wunder, wenn die eigene Regierung nicht vorwärtsmacht.

SPUCK-SET: Alles, was es für den Selbsttest braucht. FOTO: BÜHLER

Faktisch herrscht derzeit viel passiver Widerstand gegen die Schutzmassnahmen aus Bern. Da aber hatte der Arbeitgeberverband vorgespurt. Er forderte nicht nur kostenlose Tests, sondern auch null Beeinträchtigungen im Betrieb. Heisst konkret: Man will auf keinen Fall eine Quarantänepflicht für Kontaktpersonen. Dieses Problem stellt sich bei den sogenannten gepoolten Tests. Dabei werden mehrere Speichelproben (in einem Pool, also einem Gefäss) zusammengeschüttet. Dies ist günstiger als Einzeltests. Der Nachteil ist, dass ein positiver Befund keiner bestimmten Person mehr zugeordnet werden kann. Die Chefs fürchten, dass dann ganze Teams oder Abteilungen in die Quarantäne müssen und damit ausfallen. Die Zentralschweizer Industrie- und Handelskammer sagt es fadegrad: «Bei den Unternehmen soll auf gepoolte Tests verzichtet werden.»

Im Kanton St. Gallen hat sich nur ein Prozent der Firmen für Spucktests angemeldet.

ES GEHT AUCH ANDERS

Stattdessen möchten die Chefs, dass nur Selbsttests zum Zug kommen. Damit wird die Pandemiebekämpfung für die Betriebe günstig – und sozusagen privatisiert. Denn Bund und Kantone bezahlen die Tests sowie deren Lieferung und Auswertung. Die Betriebe müssen nur noch eine interne Stelle bezeichnen, wo die Mitarbeitenden die Testkits holen können. Alles ist freiwillig. Für die Wirtschaft ist dies Gesundheitsschutz zum Nulltarif. Oder anders gesagt: Die Kosten bezahlt der Staat und vom «Gewinn», von den coronafreien und leistungsfähigen Mitarbeitenden, profitiert die Wirtschaft. Den Rest des schleppenden Gangs der Testoffensive erledigen allgemeiner Unwille, übertriebene Bürokratie und logistische Komplexitäten.

Dabei zeigen Kantone wie Graubünden oder Baselland, dass es auch ganz anders geht. Der Bündner Krisenstab setzte schon früh auf Massentests auch in den Betrieben. Inzwischen machen 1500 Firmen im Kanton mit. Von 88 000 Tests fielen bisher 160 positiv aus. Mit diesem Regime konnten grössere Ausbrüche vermieden werden. Baselland setzt dabei auf eine volksnahe Informationspolitik: Auf der Corona-Website spuckt im Video ein Lama, und ein Schema erklärt gut verständlich den Ablauf des Testprogramms von der Registrierung bis zum Resultat. **rebrand.ly/testen-baselland**.

Feldschlösschen & Bühler: So geht Testen im Betrieb

Feldschlösschen führt bereits seit dem 10. Februar freiwillige Schnelltests an zwei Betriebsstandorten in Graubünden durch. Medienspecherin Gaby Berger sagt: «Unsere Erfahrungen sind sehr gut.» Die Beteiligung liegt bei 90 Prozent. Der Bergkanton ist der erste, der zur Rettung des Tourismus auf Massenschnelltests setzte.

Das System läuft über Röhrchen mit einem Barcode, der die Identifizierung ermöglicht, sowie Sammelstellen. Innert zweier Tage ist das Resultat per SMS da. Nur die Betroffenen sehen das Ergebnis, der Arbeitgeber nicht. Feldschlösschen würde gerne auch in anderen Kantonen testen. Doch noch fehlen die Plattformen, die für die Abwicklung vorhanden sein müssen.

Auch Bühler in Uzwil SG war aktiv. Wenige Tage bevor der Bundesrat Schnelltests in den Betrieben empfahl, hatte sie der Technologiekonzern schon ermöglicht.

ZU HAUSE TESTEN. Und das geht so: Mitarbeitende können gratis jede Woche an diversen Standorten auf dem Bühler-Areal einen Spucktest beziehen. Für Risikopersonen gibt's zwei pro Woche. Die Personalnummer stellt sicher, dass es keinen Missbrauch gibt. Geprüft wird zu Hause. «Aus hygienischen Gründen», wie Personalchef Christof Oswald zu work sagt. Am Morgen nüchtern ins Plasticröhrchen spucken, dann schütteln: eine Viertelstunde später zeigt die Testkassette einen oder zwei Striche an. Ähnlich wie bei einem Schwangerschaftstest. Zwei Striche bedeuten: ziemlich sicher coronapositiv. Dann heisst es: sofort zum Hausarzt und einen PCR-Test machen. Der schafft dann endgültig Klarheit.

BASELLANDS LAMA MACHT'S VOR: Spucken und testen. ILLUSTRATION: KANTON BASELLAND

Bühler bezieht die Antigentests aus Deutschland, wo sie zertifiziert sind. Maximal 100 000 Franken pro Monat lässt sich der Konzern die Testerei kosten. Dies, wenn alle 3000 Mitarbeitenden mitmachen würden. Real dürften die Kosten etwas tiefer liegen. Denn der Test ist freiwillig. «Wir zählen auf die Eigenverantwortung aller», so Personalchef Oswald. Mit dem Antigen-Speicheltest hat Bühler ein einfaches Modell realisiert, das auf Interesse stösst. Firmen und Verbände, ja sogar Hochschulen haben in Uzwil angerufen. Sie wollen wissen, wie es funktioniert. Oswalds Fazit: «Ein massiver Gewinn an Sicherheit für Arbeitnehmende und Arbeitgeber.» Die Akzeptanz sei sehr gross, die meisten Mitarbeitenden machten mit. RALPH HUG

Revision der Quellensteuer-Verordnung:

Maurer plagt Migrantinnen und Migranten

Plötzlich haben erwerbslose Migranten bis zu 500 Franken weniger im Portemonnaie. Pro Monat! Dahinter steckt die Eidgenössische Steuerverwaltung.

JOHANNES SUPE

Zum Beispiel Giuseppe I.*: Der Vater von drei Kindern im Alter zwischen einem und zehn Jahren lebt im Tessin. Und ist arbeitslos. Dennoch zahlt er Quellensteuer wie fast alle Lohnabhängigen in der Schweiz, die keine Niederlassungsbewilligung haben. Sie bezahlen ihre Steuern nicht nachträglich, sondern der Staat zieht sie ihnen direkt vom Einkommen ab. Im

Sogar das Seco ist über die Steuererhöhungen gar «nicht erfreut».

letzten Dezember zahlte Giuseppe 8.65 Franken. Einen Monat später, im Januar 2021, verlangte die Steuerverwaltung plötzlich 238.05 Franken von ihm. Genauso erging es auch Rika L.*, die mit ihren zwei Kindern in Graubünden lebt und zurzeit auf Stellensuche ist. Ihre Abzüge erhöhten sich auf einen Schlag von unter 40 Franken auf über 600 Franken. Was ist passiert?

ABGESTEMPELT: Arbeitslose ohne Niederlassungsbewilligung müssen massiv mehr Quellensteuer abgeben. FOTO: KEYSTONE

BEHÖRDENLOGIK

Im Januar 2021 trat die revidierte Quellensteuerverordnung mit einem Paukenschlag in Kraft. Mit der Revision wollte die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) das Verfahren optimieren. Nur: Was der Behörde das Rechnen vereinfacht, macht ausgerechnet migrantischen Erwerbslosen mit Kindern das Leben schwer.

Bisher wurden auch bei migrantischen Erwerbslosen die Kinderabzüge an die Steuern angerechnet. Doch diese Mühe will sich die Steuerverwaltung nicht mehr machen und tut jetzt schlicht so, als gäbe es keine Kinderabzüge. Das Resultat ist drastisch: Wo 2020 nur geringe Quellensteuerabzüge anfielen, sind es nun mehrere Hundert Franken. Möglich werden solche Sprünge durch den neu eingeführten «Tarifcode G», unter den die Erwerbslosen fallen. Die Überlegung des Amts: Zwar wird zunächst nicht berücksichtigt, ob die Besteuerten Anrecht auf Kinderabzüge haben, aber am Ende des Jahres können sie sich das zu viel abgezogene Geld vom Kanton zurückerstatten lassen. Es ist die Denkweise einer Behörde. Kinder müssen aber auch während des Jahres ernährt, gekleidet und versorgt werden – und nicht erst nach zwölf Monaten. Kommt dazu, dass die Steuerverwaltung gleich ein zweites Mal zugeschlagen hat. Denn neu sollten die quellenbesteuerten Erwerbslosen anhand des versicherten Betrags – also ihres früheren Lohns – statt des wirklich erhaltenen, niedrigeren Arbeitslosengeldes besteuert werden. Auch Kolleginnen und Kollegen mit mehreren Jobs trifft es hier. Zu viel des Schlechten, wie auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) fand. Im Februar intervenierte er bei der Steuerverwaltung. Mit Erfolg. Wenigstens diese zu viel gezahlten Beträge sollen bis Mai zurückerstattet werden.

UNGEWOLLTE AUSWIRKUNGEN

Beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), das die Arbeitslosenkasse bei der Anwendung der Verordnung unterstützt, ist man über die

SVP-Bundesrat Maurer, hat das Vorhaben im April 2018 abgenickt.

Auswirkungen der Revision entsetzt. Oder, wie es das Seco auf Anfrage von work formuliert: «Das Seco hat die durch die Revision entstandenen Erhöhungen zur Kenntnis genommen und ist über die dadurch verursachten Umstände und Aufwände bei den betroffenen Steuerpflichtigen und den Vollzugsstellen nicht erfreut.» Pikant: Letztlich verantwortlich für die verheerende Änderung ist SVP-Bundesrat Ueli Maurer, der das Vorhaben im April 2018 abgenickt hatte.

ZU EINSEITIG VEREINFACHT

Die Steuerverwaltung selbst spricht gegenüber work davon, dass «der gewählte Ansatz» von Teilen der Revision «zu einseitig in Richtung Vereinfachung ging». Man arbeite nun an «Lösungen für die mittel- und langfristige Zukunft». Gedachter Zeitraum: 2022. Ob schliesslich eine Revision der Revision der Quellensteuerverordnung nötig ist, sei noch unklar.

* Namen geändert

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik

Service public für lästige Vögel: Umweltfreundliche Taubenscheisshäuser

Tauben sind Allesfresserinnen. Selbst Zigarettenstummel sind vor ihnen nicht sicher. Was oben reinkommt, kommt hinten wieder raus. Alles weder appetitlich noch hygienisch. Deutsche Städte gehen neue Wege.

Tauben sind intelligent. Wer Gebäude mittels Taubenspikes oder Taubennetzen vor dem hochaggressiven Taubenkot schützen will, kann sie meist nicht verscheuchen. Er investiert in ein «stranded investment», in einen Schuss in den Ofen.

Tauben abschiessen geht nicht. Antibabypillen funktionieren nicht. Und mit Laserpointern kann man die Tauben auch nicht vertreiben. Nicht einmal auf Tauben abgerichtete Wanderfalken können die Scheisswelle stoppen. Bisher helfen deshalb weder Hightech noch Lowtech.

Jetzt versuchen es einige deutsche Städte mit dem neuen, echt tierfreundlichen Augsburger Ansatz.

Baustein 1: Die bisherigen Nester der Tauben werden samt den Eiern zerstört. Dies ist mit den neuen Hebebühnen der örtlichen Feuerwehren – üben müssen sie ja sowieso – kein Problem mehr. Sofern der Staat weiss, wo die Vögel nisten. Aber da können Anti-Tauben-Quartiervereine sicher weiterhelfen.

Baustein 2: Die öffentliche Hand erstellt Quartier für Quartier als Ersatz für ihre Zerstörungswut hochkomfortable Taubenhäuser. Hier finden die kurzfristig heimatlosen Tauben alles, was sie sich wünschen.

Baustein 3: In den Taubenhäusern gibt es immer bestes Ökofutter in genügend Mengen. Die Tauben sind nicht nur intelligent, sondern auch faul. Sie stehen auf Free Lunch samt frischem, sauberem Trinkwasser. Ein Service public der Spitzenklasse.

Baustein 4: Bisherige Erfahrungen belegen: Die Tauben bleiben im Taubenhaus. 80 Prozent ihrer Nahrung besteht neu aus Bio-Körnli. Und die gleiche Menge Kot findet sich danach im Taubenhaus, das regelmässig gereinigt wird. Die Bio-Scheisse ist übrigens viel weniger aggressiv und kann in jeder Kehrichtverbrennungsanlage problemlos – unter Nutzung ihres Energiepotentials – zu Asche verbrannt werden.

Baustein 5: Sobald unsere Service-public-Fachkraft das Taubenhaus zwecks Reinigung und Fütterung betritt, fliegen die Tauben aus. Und unsere Madame Taubenhaus oder unser Monsieur Taubenschlag ersetzen jetzt fast alle Taubeneier durch gleich grosse Gipseier, was die vielleicht doch nicht so intelligenten Tauben offensichtlich nicht bemerken. Endlich eine Geburtenkontrolle, die ohne Chemie funktioniert. Und erst noch im Nachgang zum Vergnügen.

SCHLAUE VÖGEL: Taubenhäuser werden eingesetzt, um Taubenpopulationen in grossen Flächen zu begrenzen. Tauben werden angelockt und zum Brüten im Schlag angeregt. Durch Austausch der Gelege (Geburtenkontrolle) wird die Besiedlung langfristig eingedämmt. Dieses sogenannte Augsburger Modell hat sich bereits mehrfach bewährt und ist nicht nur tierschutzgerecht, sondern langfristig hochwirksam. FOTO: AFP

Baustein 6: Das Konzept kann nur dann aufgehen, wenn im Rahmen der Taubenhaus-Strategie kein Mensch mehr im Quartier Tauben füttert. Das funktioniert nur unter Androhung von hohen Bussen. Und mit vielen Freiwilligen, die mit ihren iPhones nicht Jagd auf die Tauben machen, sondern auf jene, die die Tauben füttern.

Probieren geht über Studieren.

LINKS ZUM THEMA:

- **www.rebrand.ly/stadtjaeger**
In München gibt es bereits 100 000 Tauben. Weil die Menschen sie füttern. Der Stadtjäger Wolfgang Schreyer ist wütend. Ein Interview der Sonderklasse.

- **www.rentokil.com/ch/tauben**
Das Unternehmen Rentokil – der Name ist Programm – empfiehlt gegen Taubenplagen: Impulsvergrämung, Spanndrahtabweiser, Taubennetze und Taubenspikes. Tönt alles arg nach Kampf und Krieg.

- **www.rebrand.ly/besseredrohnen**
Marc Tribelhorn weiss in der NZZ immer wieder viel Interessantes zu berichten. Vor 27 Jahren musterte die Armee die letzten 25 000 Brieftauben aus. Die Züchter waren stocksauer. Im Gegensatz zu den neuen Drohnen flogen die Brieftauben wenigstens.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: **www.workzeitung.ch**

GAR NICHT SONNIG: Sanfte Kosmetik – knallharte Methoden? Beim Schweizer Kosmetikkonzern ist nicht alles grün, was blüht. FOTO: YOUTUBE

Just: Arbeitskampf in Argentinien bringt neue Missstände ans Licht

Ist auch im Appenzell nicht alles just?

In Buenos Aires geht die geschasste Swissjust-Belegschaft in die Offensive. Schon rumort es in einem zweiten Werk. Und auch am Just-Stammsitz in Walzenhausen AR sind nicht alle glücklich.

JONAS KOMPOSCH

AUFSTAND IN ARGENTINIEN: In Buenos Aires schloss Swissjust mit Wildwestmethoden eine Fabrik. Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben diese jetzt besetzt. Sie fordern Verhandlungen mit dem Management. FOTO: ZVG

Ob Kräutersalben, Beauty-Crèmes oder Wunderwässerchen – in der Welt der Naturkosmetik mischt die Appenzeller Just AG ganz vorne mit. Das schlägt auf die Bescheidenheit. Man produziere nur «s Beschti für di ganzi Welt», behauptet etwa Patron Hans-Ueli Jüstrich im neusten Werbevideo. Und die Firmenhomepage verkündet, man «lebe» Transparenz und Ehrlichkeit «auf allen Ebenen». Ganz wichtig sei auch die «unternehmerische Sozialverantwortung». Schliesslich sei Just ein «sicherer und attraktiver Arbeitgeber», bei dem «der Mensch immer im Mittelpunkt» stehe. Eine ganz andere Erfahrung gemacht haben allerdings die 52 Logistikmitarbeitenden von Swissjust Argentina. Dieses Partnerunternehmen der Just AG liess in einer Nacht-und-Nebel-Aktion ein Verteilzentrum räumen und die Belegschaft aussperren. Doch derart abservieren liessen sich die Compañeros nicht. Sie besetzten kurzerhand «ihre» Fabrik. work berichtete (nachzulesen: **rebrand.ly/justag).** Jetzt gehen sie noch einen Schritt weiter.

<u>«Arbeiter haben uns die Namen der Chefs genannt, die sie misshandeln.</u>

GEWERKSCHAFTSSEKRETÄR GUSTAVO CÓRDOBA

PROTESTCAMP ERRICHTET

Anfang letzter Woche fuhr die widerständige Belegschaft nach General Rodríguez, einem Vorort der Riesenmetropole Buenos Aires. Dort steht die Produktionshalle von Just Argentinien – und jetzt auch ein buntes Protestlager! Mit Zelten, Trommeln und einer mobilen Küche haben sich die geschassten Arbeiterinnen und Arbeiter installiert. Dazu Logistiker Mardonio Racedo: «Solange das Management sich nicht an den Verhandlungstisch bequemt, werden wir nicht weichen!» Eine Haltung, die viel Unterstützung erfährt. Etwa von Romina del Plá. Sie ist Abgeordnete des Nationalkongresses und Präsidentin der Arbeiterpartei. Während ihres Besuches rief sie zur Menge: «Für die versteckten Entlassungen gibt es keine Entschuldigung. Euer Kampf ist auch mein Kampf!»

GEKAUFTE PERSONALVERTRETER

Gar keine Freude an solcher Unterstützung hat jedoch die Konzernleitung. Kaum war das Protestlager errichtet, klingelte beim Arboner Unia-Sekretär Lukas Auer das Telefon. Er hatte sich zuvor am Hauptsitz in Walzenhausen für die argentinischen Kolleginnen und Kollegen ins Zeug gelegt. Und dem Just-Geschäftsführer Heinz Moser eine Standpauke gehalten. Nun beschwerte sich Moser beim Gewerkschafter – über die Aktionen in Argentinien. Auf Anfrage konkretisiert der CEO: «Mitarbeitende werden beim Eintreffen und Verlassen des Fabrikgeländes auf unterschiedliche Art bedrängt.» Ausserdem würden Transportwege blockiert und so letztlich «Stellen und Erwerbseinkommen gefährdet».

All das weist Gustavo Córdoba weit von sich. Als Gewerkschaftssekretär der CIS-CTA ist er täglich vor Ort und sagt: «Unsere Klage richtet sich nicht gegen die Arbeitenden, sondern gegen die Geschäftsleitung.» Dass diese jetzt nervös werde, habe einen ganz anderen Grund.

Schwere Missstände herrschten nämlich auch am Produktionsstandort von Just. Gewerkschaftsmann Córdoba: «Als wir hier aufkreuzten, kamen sofort diverse Arbeiter zu uns und baten um Hilfe.» Alle hätten drei zentrale Probleme benannt: Erstens gebe es keine freien Betriebsratswahlen, die bestehende Personalvertretung sei eine Marionette der Geschäftsleitung und nicht von der Belegschaft gewählt, sondern gekauft. Zweitens herrsche im Betrieb die reinste Günstlingswirtschaft. Nur Mitarbeitende, die vor den Chefs buckelten, erhielten angenehme Schichten. Und drittens komme es regelmässig zu Demütigungen durch Vorgesetzte. Córdoba sagt: «Die Arbeiter haben uns die Namen der Chefs genannt, die sie anschreien und misshandeln.»

«ZUVERLÄSSIGER ARBEITGEBER»

Was sagt dazu Just-CEO Moser? Just Argentinien sei «ein zuverlässiger und stabiler Arbeitgeber», der auf die Bedürfnisse seiner Arbeitnehmenden eingehe und diese «so weit wie möglich berücksichtigt». Deshalb habe es seit Beginn des Unternehmens vor 27 Jahren «nie grössere Arbeitskonflikte» gegeben. Dass aber «gewisse Entscheidungen» von «einer Minderheit» in Frage gestellt würden, könne man nie ausschliessen. Ob Minderheit oder nicht – die Kritik wiegt schwer. Und kommt jetzt sogar vom Stammsitz in Walzenhausen.

SABOTAGE IN WALZENHAUSEN

Nach dem letzten work-Bericht meldete sich eine Person aus dem Appenzeller Betrieb. Sie will anonym bleiben, denn sie sagt: «Auch hier hat sich das Klima in letzter Zeit verschlechtert. Es gibt Demütigungen und Druck von ganz oben. Auch mehrten sich fragwürdige Entlassungen. Aus Frust hat jemand sogar einen Sabotageakt verübt. Bei einer Produktionsanlage wurden die Kabel durchgeschnitten. An diesem Tag lief gar nichts mehr.» Brodelt es etwa auch in Walzenhausen? Geschäftsführer Moser winkt ab und betont, dass die Just AG für ihre schweizweit gut 300 Mitarbeitenden überdurchschnittliche Leistungen erbringe. Etwa bezüglich der Ferien, bezahlter Pausen, Treueprämien, Weiterbildungen oder Sonderzahlungen. Moser: «Im direkten Kontakt mit unseren Mitarbeitenden stelle ich immer wieder mit Freude fest, dass die grosse Mehrheit diese Aspekte sehr schätzt.» Laut Unia-Mann Auer betrafen die Klagen von hiesigen Mitarbeitenden bisher tatsächlich eher den Umgangston der Teppichetage. Nicht aber Löhne und Sozialleistungen. Deshalb sagt Auer: «Wenn hier anständige Bedingungen gelten, dann darf man das auch für die Just-Tochter- und -Partnerfirmen in Argentinien erwarten.»

ILLU: NINOTCHKA.CH

Die Briefträgerin & das Wir-Gefühl (1)

Nun arbeitet die Briefträgerin schon mehr als ein Dutzend Jahre für die Post. Ihr Herz schlägt nicht mehr höher bei jedem gelben Töffli, das sie sieht. Und doch entgeht ihr kaum

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

eines, das in ihrer Nähe vorbeihuscht. Das fast lautlose Geräusch des Dreirads, das typische Holpern des Anhängers. Auch kein gelbes Wägeli fährt unbemerkt an der Briefträgerin vorüber. Obwohl sie inzwischen weiss, dass längst nicht mehr jedes gelbe Fahrzeug im Dienst der Post unterwegs ist. Nur noch selten erhalten die neuen Besitzerinnen und Besitzer der von der Post abgestossenen Fahrzeuge vermeintlich kollegiale Grüsse von DXP-Sätteln aus.

<u>Ihr Herz schlägt nicht mehr höher bei jedem gelben Töffli, das sie sieht. Und doch entgeht ihr kaum eines.</u>

BERUFSSTOLZ. Die Briefträgerin ist weit davon entfernt, die Vergangenheit schönreden zu wollen. Jede Zeit hat ihre Sonnen- und ihre Schattenseiten, sonniger manchmal, manchmal finsterer, abhängig nicht zuletzt vom Gestaltungswillen der Menschen, die in ihr leben.

Das Wir-Gefühl, das in den Anfangsjahren der Briefträgerin bei der Post noch deutlich spürbar war, hat inzwischen an Kraft verloren. Es stammte wohl aus einer Zeit, in welcher der Begriff «Berufsstolz» keinen lächerlichen Beigeschmack hatte, die Arbeitsabläufe weniger streng vorgegeben waren und in welcher die Postangestellten Herren – und in der Minderheit Herrinnen – ihrer Zeit waren, Umstände, die einen direkten Einfluss auf das Selbstwertgefühl haben. Dann setzte die allgemeine Wirtschaftsliberalisierung und Privatisierung ein, der Scanner übernahm das Kommando, und das Zustellmonopol der Post begann zugunsten des «freien» Marktes zu zerfallen.

Eine neue Identität soll nun aufkommen, dem Zeitgeist angepasst und von oben angeregt: «Die Post von morgen, das bin ich!»

Die Briefträgerin war ein paar Tage in den Ferien. Und da fiel sie auf einen Spass herein: Was auf den ersten Blick nach einem Post-Zustellfahrzeug ausgesehen hatte, erwies sich als Occasion im Dienste einer Weinhandlung. Aufschrift: PROST.

Löhne in der EU

Die Corona-Bremse

Vor der Pandemie gab es in der Mehrzahl der EU-Länder kräftige Reallohnerhöhungen. Vor allem in Osteuropa hatten die Arbeitenden erfreulich mehr im Portemonnaie. So stiegen die Reallöhne in Polen und in Tschechien mehrere Jahre um jeweils 4 bis 7 Prozent. Eine wichtige Rolle spielte dabei die überproportionale Erhöhung der gesetzlichen Mindest-

Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

löhne. Sie gingen von 2015 bis 2020 in Polen und Tschechien um beinahe 50 Prozent rauf!

Doch Corona bremst nun diese Entwicklung.

Spanien fror den gesetzlichen Mindestlohn 2021 schlicht ein, andernorts wurde er nur wenig erhöht. Aber die Mindestlöhne in den Gesamtarbeitsverträgen und im Gesetz hatten immerhin eine stabilisierende Wirkung und verhinderten Lohnsenkungen. Nur gelten sie leider nicht für die prekär Arbeitenden, die immer mehr zunehmen. Sie haben in der Coronakrise nun weniger Arbeitsstunden, manchmal auch weniger Stundenlohn. Da wird es im Portemonnaie schnell prekär.

Kommen nach Corona wieder Eiszeiten bei den Löhnen?

NEUE RICHTLINIEN. Die grosse Frage ist jetzt: Wie geht es nach der durch die Pandemie ausgelösten Krise weiter? Kommen wieder Eiszeiten bei den Löhnen? Und harte Sparpakete, wie es viele Finanzminister schon heute verlangen? Oder geht der positive Lohntrend nach der Corona-Unterbrechung weiter?

Etwas Hoffnung geben zwei Gesetzesprojekte, die in der EU derzeit diskutiert werden: Neu auf dem Tisch liegt nun die versprochene Richtlinie für die Gleichstellung der Frauenlöhne. Sie ist weit griffiger als die zahnlosen Bestimmungen, die das eidgenössische Parlament kürzlich beschlossen hat. Noch weiter hart gerungen wird um die Richtlinie für mehr Mindestlöhne in Europa. Sie will, dass in den EU-Ländern mit gesetzlichen und kollektivvertraglichen Mindestlöhnen Tiefstlöhne nicht mehr existieren dürfen. Und: dass sich die riesigen Lohnunterschiede zwischen Ost, West, Nord und Süd ausgleichen. Der Chef des Österreichischen Gewerkschaftsbunds, Wolfgang Katzian, fasst die Situation so zusammen: «Wir brauchen verbindliche Massnahmen, um das enorme Lohngefälle in Europa zu bekämpfen.» Denn so könne man auch das Lohndumping bremsen.

UNIA online

FOTO: ISTOCK

Umfrage Gebäudetechnik

Sanitärinnen, Spenglerinnen und Installateurinnen aufgepasst! Seit Jahren kämpft ihr für bessere Arbeitsbedingungen. Wir wollen von euch wissen: Respektieren eure Arbeitgeber eure Rechte? Und wisst ihr, was euch gemäss GAV zusteht? Macht mit an unserer Umfrage:
www.unia.ch/umfrage-gt

Schweiz – EU: Es braucht einen Neustart

Tot, toter, Rahmenabkommen

Das Rahmenabkommen mit der EU ist tot. Auch wenn es der Bundesrat bisher nicht zugeben mag. Jetzt ist es Zeit für einen Neuanfang.

CLEMENS STUDER

***NEUSTART, JETZT!** Das Rahmenabkommen in der vorliegenden Form ist nicht mehr zu retten. Ein neuer Vertrag muss zwingend den Schweizer Lohnschutz beinhalten.* FOTO: KEYSTONE

Gut sieben Jahre verhandelte die Schweiz mit der EU über das sogenannte Rahmenabkommen. Es sollte die bilateralen Beziehungen einfacher machen. Statt im «autonomen Nachvollzug» sollten die Ergänzungen des EU-internen Rechts quasi «automatisch» auch für die Schweiz gelten. Schliesslich sind wir Teil des europäischen Binnenmarktes. Doch jetzt ist das Rahmenabkommen in der vorliegenden Form tot. Um das festzustellen, braucht es keine hellseherischen Fähigkeiten. Der Bundesrat traf sich zwar eben noch zu einer europapolitischen Retraite. Ergebnisse waren bis Redaktionsschluss dieser work-Ausgabe keine bekannt. Das vorliegende Abkommen hat aber keine Chancen. Und schon gar nicht vor dem Volk.

Jetzt braucht es tatsächlich einen «Reset-Knopf» …

WENIGER CASSIS

Zur Erinnerung: 1992 scheiterte der Beitritt zum EWR hauchdünn wegen der SVP, eines grossen Teils der Grünen und ein paar versprengter Rechtssozialdemokraten, wie zum Beispiel des heutigen Kolumnisten des «Tages-Anzeigers», Rudolf Strahm. Es folgten konjunkturpolitisch magere Jahre bis zum Abschluss der bilateralen Verträge. Diese sollten mit einem Rahmenabkommen mit der EU auf ein gesichertes Fundament gestellt werden. Doch die Schweiz gefiel sich in Rosinenpickerei. Insbesondere die Milliardärspartei SVP. Sie beschwört einerseits die «Rütlischwur-Schweiz» und will gleichzeitig den völlig globalisierten Markt (ausser für die Bauern). Ihre Anti-EU-Drohgebärden beeindruckten FDP und CVP damals derart, dass kaum etwas vorwärtsging. Dann wurde der ehemalige Tessiner Kantonsarzt Ignazio Cassis in den Bundesrat gewählt. Mit den Stimmen der SVP. Denn der freisinnige Cassis gab das Versprechen ab, bei den Verhandlungen mit der EU den «Reset-Knopf» zu drücken. Schon damals ein sehr vollmundiges Wort. Aber Cassis ging noch weiter: Mit Unterstützung des marktgläubigen Staatssekretariats für Wirtschaft überschritt er – ganz im Sinne der SVP – die vom Gesamtbundesrat vorgegebenen roten Verhandlungslinien. Er wollte den Schweizer Lohnschutz opfern und die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit gleich mit. Das ist ein alter Traum der Rechtsparteien und der Wirtschaftsverbände.

MERKIGER RECHSTEINER

Doch der wendige Cassis hatte die Rechnung ohne den merkigen damaligen SGB-Präsidenten Paul Rechsteiner gemacht. Dieser bemerkte den rechtsbürgerlichen Trick, zog im Sommer 2019 die Notbremse und verweigerte weitere Verhandlungen. Mit Wirkung! Der Bundesrat erschrak und setzte den damaligen Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann als Vermittler ein. Doch auch der freisinnige Patron konnte nicht kitten, was längst verchachelt war.

… einfach einen anderen, als ihn Ignazio Cassis versprach.

Noch eine lange Weile weibelten Wirtschaftsverbände, die rechten Grünen von der GLP und ein paar Rechtssozialdemokraten für das Abkommen. Doch trotz medialer Unterstützung kamen sie auf keinen grünen Zweig. Insbesondere auch darum, weil süddeutsche Wirtschaftsverbände zwar aus vollen Rohren gegen den Schweizer Lohnschutz schossen, aber die europäischen Gewerkschaften sich hinter die Position der Schweizer Kolleginnen und Kollegen stellten. Sie begriffen: Die flankierenden Massnahmen der Schweiz zur Personenfreizügigkeit sind eine Errungenschaft für die Lohnabhängigen. Und wären auch ein Vorbild für die EU.

Und jetzt? Jetzt braucht es tatsächlich einen «Reset-Knopf». Einfach einen anderen, als ihn Ignazio Cassis der SVP versprochen hat. Unia-Chefin Vania Alleva sagt es so: «Der Angriff auf den Lohnschutz ist inakzeptabel. Wir Gewerkschaften mussten das stoppen. Die Schweiz und die EU müssen verstehen, dass starke Arbeitnehmendenrechte die Basis der bilateralen Beziehungen sind. Wir verlangen, dass sie jetzt darauf aufbauen, um ihre künftige Zusammenarbeit zu vertiefen.»

Will heissen: Rahmenvertrag gerne, aber ohne Angriff auf den Schweizer Lohnschutz und den Schweizer Service public. Beide Bereiche müssen ausserhalb dessen bleiben, was der Europäische Gerichtshof entscheiden kann. Denn der entscheidet immer wieder gegen die Lohnabhängigen.

Basler Plattenleger machen Dampf

Bodenplatten werden immer schwerer, Fachleute immer rarer. Doch den Plattenmeistern beider Basel scheint beides wurst. Sie wollen unbedingt die Löhne drücken – um bis zu 500 Franken auf das Niveau von 1995 – und haben deshalb den GAV gekündigt.

Damit ist auch die Frühpensionierung mit 62 in Gefahr. Klar, machen da die Plattenleger nicht mit! Zumal sie den Boom des Ausbaugewerbes täglich am eigenen Leib spüren. Deshalb zogen sie am 24. März vor den Sitz des Basler Gewerbeverbands. Bereits zum zweiten Mal.

Jetzt werden Streiks möglich. Die Meister wollen es so.

LEERE SESSEL. Dann folgte ein Protestmarsch durch die Innenstadt. Mit einem Verhandlungstisch, an dem die vergoldeten Sessel leer blieben, machten die Kollegen auf die Verweigerungshaltung ihrer Chefinnen und Chefs aufmerksam. Die wollten nämlich monatelang gar nicht verhandeln.

Am 11. März dann die Überraschung: Die Sozialpartner einigten sich, eine Lösung war auf dem Tisch. Doch zuletzt machten die Meister einfach den Rückzieher. Nun herrscht der vertragslose Zustand, die Friedenspflicht entfällt, Streiks werden möglich. Die Meister wollen es so. (jok)

***ES REICHT!** Die Basler Plattenleger wollen ihre Mindestlöhne, ihre Frühpensionierung und ihren Gesamtarbeitsvertrag sichern, doch die Meister wollen gar nicht erst verhandeln.* FOTO: UNIA

Unia-Studie zeigt: So prekär lassen Sprachschulen arbeiten

«Plötzlich bekam ich keine Stunden mehr»

KEIN SCHOGGI-JOB: Wer für private Sprachschulen unterrichtet, leidet oft unter miesen Arbeitsbedingungen. FOTO: KEYSTONE

Unterrichten bei Berlitz, Akad & Co: Viele Lehrerinnen und Lehrer können von einem fixen Monatslohn nur träumen. Das zeigt eine Befragung von 500 Lehrkräften.

CHRISTIAN EGG

Jeden Tag zwischen 16 und 18 Uhr musste die Deutschlehrerin Karolina Becker* bei der Berlitz-Schule anrufen. Dann erfuhr sie jeweils, ob und wie sie am nächsten Tag unterrichten konnte. «Ich stand von Montag um 8 Uhr bis Freitag um 20 Uhr zur Verfügung, um auf genügend Stunden zu kommen. Denn bezahlt wurde ich nur für die Lektionen, die ich tatsächlich geben konnte.»

Und zwar mit weniger als 30 Franken pro Lektion. So gut wie gar nicht bezahlt wurde sie für all den anderen Aufwand, den sie als Sprachlehrerin auch hatte und hat: das Vorbereiten der Lektionen, das Korrigieren von schriftlichen Arbeiten, die Anreise zu Firmenkunden oder zu Privatschülerinnen in den Vororten. Becker: «An manchen Tagen habe ich zwei Stunden im ÖV verbracht. Ohne Bezahlung.»

UNSICHERE STELLEN

Eine neue Studie belegt jetzt: In privaten Sprachschulen arbeiten die Lehrkräfte oft zu solch prekären Bedingungen. Im Auftrag der Unia analysierten Fachleute des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (Bass) die Branche und befragten über 500 Lehrkräfte. Dabei zeigte sich: Weniger als ein Viertel der Mitarbeitenden haben einen fixen Monatslohn. Und wenn, dann meist nur eine Teilzeitstelle. Die meisten aber werden pro Lektion bezahlt.

Auch an der privaten «Hallo Deutschschule» in Zürich ist das so. Dort dauert ein Intensivkurs mit täglich zwei Lektionen vier Wochen. So lange wissen die Lehrerinnen und Lehrer, was sie verdienen. Und danach? Eine Lehrerin an der Schule, die anonym bleiben will, sagt: «Wenn der Folgekurs nicht zustande kommt, kann es sein, dass ich ein, zwei Wochen gar keine Lektionen habe.» Und damit auch keinen Verdienst. Diese Unsicherheit sei auf Dauer eine Belastung, sagt sie: «Die Schule kann uns von einem Tag auf den anderen alle Lektionen wegnehmen. Und wir haben nicht einmal eine Kündigungsfrist! Die Firma wälzt das Risiko voll auf uns ab.»

Was das heisst, hat Deutschlehrerin Nadja Preissler erlebt. Bei der Akad-Schule hat sie Bundesangestellte unterrichtet: «Das lief gut, ich konnte viele Kurse geben. Doch plötzlich, von heute auf morgen, bekam ich gar keine Stunden mehr. Akad hatte den Auftrag des Bundes an die Migros-Klubschule verloren.»

EINE FRAUENBRANCHE

Die Unia-Studie zeigt auch: Unterrichten an Sprachschulen ist meist Frauenarbeit. 83 Prozent der Teilnehmenden waren Frauen. Sie sind bestens qualifiziert – 54 Prozent hatten einen Uni- oder Fachhochschulabschluss. Doch nur 26 Prozent gaben an, dass ihr Gehalt beim Hauptarbeitgeber gut zum Leben reiche.

Immerhin: Bei Non-Profit-Organisationen wie Volkshochschulen oder Stiftungen sind die Löhne etwas besser als bei den kommerziellen Schulen. Lehrerin Svenja Koch* unterrichtet bei der Stiftung ECAP, einer der wenigen Sprachschulen mit einem Gesamtarbeitsvertrag: «Wir verdienen 60 bis 65 Franken pro Lektion. Die Volkshochschule zahlt 85 Franken.» Bei der ECAP haben die Lehrkräfte zudem Anspruch auf ein Mindestpensum pro Semester, basierend auf dem Durchschnitt der letzten zwei Jahre. Koch: «Das ist nicht schlecht. Dennoch ist es schwer, ein Pensum zu erhalten, mit dem man den Lebensunterhalt bestreiten kann. Ich bin auf mehrere Nebenjobs angewiesen.»

«Ich bin auf mehrere Nebenjobs angewiesen.»

SVENJA KOCH, DEUTSCHLEHRERIN

Download der Unia-Studie:
www.unia.ch/eb

* Namen geändert

Sprachkurse: Kantone sind Lohndumper

Die Unia und die Arbeitgeber der Branche arbeiten zusammen – für mehr Qualität statt Billig-Bildung. Auf dem Markt der Sprachkurse spielen die Kantone eine wichtige Rolle. Denn Arbeitsämter oder Integrationsfachstellen schicken oftmals Menschen in solche Kurse. Eine gute Sache: Wer eine Landessprache gut spricht, findet eher einen Job und kann sich im Alltag besser zurechtfinden. Diese Aufträge vergeben die Kantone oft in sogenannten Ausschreibungen: Die Sprachschulen bewerben sich um eine festgelegte Zahl von Unterrichtsstunden oder -plätzen, meist für die Dauer von drei bis fünf Jahren. Guglielmo Bozzolini, Geschäftsleiter des gewerkschaftsnahen Bildungsinstituts ECAP, findet solche Ausschreibungen ein gutes Instrument. Nur: «In den letzten Jahren ist der Preis zum entscheidenden Kriterium geworden.» Und da in der Bildung die Löhne rund 80 Prozent der Kosten ausmachten, habe ein tieferer Preis tiefere Löhne zur Folge.

KRITERIEN. Wenn eine Schule einen Auftrag verliere, so Bozzolini, verlören bis zu 30 Lehrkräfte ihre Arbeit. «Klar, die können sich dann bei der anderen Schule bewerben. Aber meist zu schlechteren Bedingungen. Und so sind manchmal ausgerechnet die Arbeitsämter verantwortlich für schlechtere Arbeitsbedingungen!»

SPARWUT: Kantone wählen die Billigsten. FOTO: KEYSTONE

Yolande Peisl von der Unia-Sektorleitung Tertiär findet es «schlichtweg skandalös, wie die Kantone hier Dumping betreiben und die ganze Branche nach unten drücken». Auch der Arbeitgeberverband der Weiterbildungsbranche will diese Entwicklung stoppen. Unia und Arbeitgeber sind sich einig, dass der Bund hier eingreifen müsse. In einer gemeinsamen Mitteilung fordern sie verbindliche Kritierien für Ausschreibungen. Im Zentrum müssten die Qualität der Weiterbildung und die Arbeitsbedingungen stehen – und nicht der Preis.

CHRISTIAN EGG

la suisse existe

Jean Ziegler

DER IMPFSKANDAL

Ob Sonnenschein oder Regen, tagtäglich von 9 bis 19 Uhr stehen die Menschen Schlange vor dem Impfzentrum M-3 an der Route de Chêne n° 20 in Genf. Niamey, die staubige Hauptstadt der Republik Niger, des zweitärmsten Landes der Welt: Hier steht niemand Schlange vor einem Impfzentrum. Denn Niger hat kein Geld, um für seine 10 Millionen Menschen Impfstoffe zu kaufen.

Wir müssen durchsetzen, dass die Covid-Impfstoffe zu öffentlichen Gütern erklärt werden.

PATENTSCHUTZ. *Das Impfgeschäft ist der Traum aller Kapitalistinnen und Kapitalisten: Die öffentliche Hand zahlt Milliarden für die Forschung, und die Konzernmogule streichen den privat definierten Profit des fertigen Produkts ein.*
In etwas mehr als einem Jahr hat die Covid-Seuche über 2,5 Millionen Menschen getötet. Tausende sterben jeden Tag.
Warum muss die Staatengemeinschaft dringend die Patente auf Covid-Impfstoffen, Testmaterialien und Medikamenten aussetzen? Aus zwei Gründen: Es geht zum ersten um planetarische soziale Gerechtigkeit. Die Hälfte der Weltbevölkerung hat gemäss Weltgesundheitsorganisation (WHO) nicht die Mittel, um die Impfstoffe zu kaufen. Doch zum zweiten kennt das Virus keine Grenzen. Kann es sich in Entwicklungsländern weiterentwickeln, mutieren, dann ist auch bei uns die Wirksamkeit von Impfungen nicht mehr garantiert.
Es gibt drei Instanzen, die die sofortige Aufhebung des Patentschutzes verlangen: Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus von der WHO; Südafrika und Indien, unterstützt von 100 weiteren Staaten; und eine Koalition westlicher, auch schweizerischer Organisationen der Zivilgesellschaft. Dagegen betätigen sich die bürgerliche Mehrheit des Bundesrates, die Kommission der Europäischen Union und die Vereinigten Staaten als Söldner der Pharmakonzerne. Sie bekämpfen vehement jede Lockerung des Patentschutzes.

HELVETISCHE SCHEINHEILIGKEIT. *Der Bundesrat sagt: «Alle Völker müssen Zugang zu Impfstoffen, Medikamenten und Testmaterial haben.» Ein Muster helvetischer Scheinheiligkeit! Anstelle einer Aufhebung des Patentschutzes verweist die Regierung auf «Covac», die internationale Stiftung, die Geld sammeln soll, um Impfstoffe für die ärmsten Staaten der Welt zu kaufen. Die Stiftung erhält jedoch nur völlig unzureichende Mittel.*
Die zeitweilige Aussetzung des Patentschutzes ist technisch und juristisch überhaupt kein Problem. Im November 2001 tagte die Welthandelsorganisation, die für den Schutz des intellektuellen Eigentums zuständig ist, in Doha, der Hauptstadt von Katar. Es war die Zeit des ungebremsten Wütens der Aids-Epidemie. Brasilien und Indien setzten damals durch, dass die Patente auf Anti-Aids-Medikamente ausgesetzt werden. Die Bestimmungen des Doha-Vertrages sind klar: Ein Land, das sich in einer verzweifelten gesundheitlichen Situation befindet, hat das Recht, Medikamente oder Impfstoffe zum Herstellungspreis zu beziehen, bis die Krankheit besiegt ist. Diese Klausel des Vertrages von Doha muss reaktiviert werden. Es gibt keine Ohnmacht in der Demokratie. Jede und jeder von uns ist verantwortlich auch für die Covid-Todesopfer in der Dritten Welt. Wir müssen durchsetzen, dass der Bundesrat sich der südafrikanisch-indischen Forderung anschliesst und die Covid-Impfstoffe zu universellen öffentlichen Gütern erklärt.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Im letzten Jahr erschien im Verlag C. Bertelsmann (München) sein neustes Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Unia-Kongress online

BERN. Auch in Coronazeiten soll der Unia-Kongress, das oberste Organ der Gewerkschaft, die wichtigsten Richtungsentscheide treffen und die Erneuerung der Geschäftsleitung vornehmen können. Deshalb findet er am 4. und 5. Juni definitiv statt. Die Delegierten werden sich mit dem Tätigkeitsbericht 2016–2020 befassen, die Organisationsstrategie 2024 beschliessen und den Leitantrag zum Reformprojekt «Unia 2.0» verabschieden. Der erste Kongresstag wird online durchgeführt. Für den zweiten Tag steht die Entscheidung noch aus.

Die Umweltinitiative kommt

BERN. Jetzt fordern die Jungen Grünen in einer neuen Volksinitiative konkrete Zielwerte nicht nur fürs Klima, sondern auch für die Artenvielfalt und den Schutz von Luft, Wasser und Boden: Für Co-Präsidentin Julia Küng ist klar: «Ehrgeizige Umweltziele können wir nicht im heutigen Wirtschaftssystem umsetzen. Wir müssen es ändern, sonst geht's irgendwann rasant bergab.» Den definitiven Initiativtext will die Jungpartei am 3. April verabschieden. Nach den Themen Offroader, Zersiedelung und Kriegsgeschäfte ist dies ihre vierte Initiative.

Waadt: Gericht bestätigt antigewerkschaftliche Kündigung

Skandal-Urteil gegen Gewerkschafter

Plötzlich erhielt Uhrenarbeiter Mickael Béday eine fristlose Kündigung. Sein Engagement als Gewerkschafter habe der Direktion nicht gefallen, sagt sein Anwalt.

RALPH HUG

Die Entlassung von Uhrenarbeiter Mickael Béday sei nicht missbräuchlich gewesen. Das hat jetzt das Gericht in Yverdon-les-Bains VD entschieden. Es nimmt damit den Patron der Uhrenfabrik Dubois & Dépraz aus dem Vallé de Joux in Schutz. Die Begründung ist noch nicht bekannt.

Zur Erinnerung: Mitte Februar stand der Chef der Uhrenfabrik Dubois & Dépraz aus dem Vallé de Joux vor Gericht. Er hatte im Juni 2019 den jungen Uhrenarbeiter Mickael Béday fristlos vor die Türe gestellt. Die Unia hatte sofort protestiert. Denn Béday ist ein aktiver Gewerkschafter. Im Betrieb setzte er sich dafür ein, dass der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der Uhrenindustrie eingehalten wird. Sogar der heutige Gewerkschaftsbundspräsident Pierre-Yves Maillard war dem geschassten Kollegen zu Hilfe geeilt. «Es darf nicht länger sein, dass Gewerkschafter wegen ihres Engagements in missbräuchlicher Art entlassen werden», kritisierte er an einer Kundgebung vor den Toren des Betriebs.

FOTO: KEYSTONE

GEWERKSCHAFTER BÉDAY: «Stoppt die antigewerkschaftlichen Kündigungen.»

UNTER DRUCK

Béday hatte die Kündigung mit Hilfe der Unia als missbräuchlich angefochten. Für die Gewerkschaft ist klar, dass er wegen seiner Aktivitäten zugunsten der Rechte der Mitarbeitenden auf die Strasse gestellt wurde. Bédays Verteidiger sagte vor Gericht: «Sein gewerkschaftliches Engagement hat der Direktion nicht gefallen.» Doch wie so oft in solchen Fällen streitet der Patron dies ab. Er schiebt vielmehr Fehler vor, die Béday bei der Arbeit gemacht habe. So habe er Kontrollen vorgetäuscht. Béday räumt ein Missgeschick infolge Unaufmerksamkeit ein. Das sei aber überhaupt kein Grund für eine Entlassung und schon gar nicht für eine fristlose. Andere, denen das auch passiert sei, hätten keine Kündigung erhalten.

Bédays Entlassung steht im klaren Widerspruch zum Uhrenindustrie-GAV.

Bédays Kündigung steht im klaren Widerspruch zum GAV der Uhrenindustrie. Der hält nämlich fest, dass Unstimmigkeiten vor einer Massnahme besprochen werden müssten. Béday aber hatte nur eine Abmahnung erhalten. Vor Gericht sagte Béday, er sei seit 2013 im Betrieb tätig. Der Druck gegen ihn habe erst begonnen, als er sich mit Erfolg für die Einhaltung des GAV starkgemacht habe. Auch habe er im Mitarbeitergespräch für seine Arbeit gute Noten erhalten.

DER UNIA-APPELL

Bédays Verteidiger hat jetzt ein schriftliches Urteil verlangt. Aller Voraussicht nach landet der Fall bald vor dem Kantonsgericht als zweiter Instanz. Vor der Verhandlung hatte die Unia einen Appell lanciert: «Stoppt die antigewerkschaftlichen Kündigungen.» Mickael Béday sei aus fadenscheinigen Gründen auf die Strasse gestellt worden, seine Entlassung ein Frontalangriff auf die Versammlungsfreiheit.

Schweiz: Noch immer auf der schwarzen Liste

Seit bald zwei Jahren läuft vor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf ein Vermittlungsverfahren zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Gewerkschaftsbund.

MEHR SCHUTZ. Die ILO hatte die Schweiz auf eine schwarze Liste gesetzt, weil sie die Arbeitnehmerrechte nur ungenügend schützt. Streitpunkt sind antigewerkschaftliche Kündigungen wie jene von Mickael Béday (siehe Text links). Die Uno-Organisation verlangt einen besseren Schutz für Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter gemäss der Konvention Nr. 98. Doch dagegen wehren sich die Arbeitgeber mit Händen und Füssen. Sie wollen keinen stärkeren Kündigungsschutz.

STEINEGGER. Letztes Jahr setzten die Parteien alt FDP-Politiker Franz Steinegger als Mediator ein. Doch die Pandemie bremste das Verfahren. Jetzt macht der Gewerkschaftsbund Dampf. Luca Cirigliano vom SGB sagt: «Wir haben Steinegger in einem Brief aufgefordert, vorwärtszumachen.» (rh)

INSERAT

Niemand macht Ziegel wie sie – doch jetzt ist Schluss

Die Tonkünstler von Bardonnex

NAHE AM KUNSTHANDWERK: Christian Marchand (links) und Philippe Calame-Rosset produzieren in Bardonnex nicht einfach Ziegel, sondern ein Stück Kulturgeschichte. FOTO: OLIVIER VOGELSANG

Die Arbeiter der Ziegelei in Bardonnex GE geben alles, um den Traditionsbetrieb zu retten. Aber eine Immobilienfirma stellt sich quer.

CHRISTIAN EGG

Arbeiter Philippe Calame-Rosset (42) sagt es mit Stolz: Eine «Schweinearbeit» sei es gewesen, «une grosse cochonnerie». Für das Zwiebeldach des Turms eines alten Mietshauses in Genf mussten er und seine Kollegen die Ziegel herstellen. «Stundenlang haben wir gepröbelt, bis wir es raushatten.» Sein Kollege Christian Marchand (58) ergänzt: «Fast jede Reihe hatte wieder eine andere Form: lang, kurz, gebogen, konkav, konvex – am Schluss haben wir jeden Ziegel numeriert, damit die Dachdecker wussten, was sie zu tun hatten.»

Ihr Betrieb, die Ziegelei in Bardonnex südwestlich von Genf, lieferte mehr als siebzig Jahre lang die Ziegel für die historischen Gebäude in der Region (siehe Kasten rechts). Calame-Rosset und Marchand erzählen begeistert: vom Ton, von den Färbemischungen aus Eisenoxid oder Mangan, vom einzigartigen Brennofen aus den 1960er Jahren. «Es ist eine Industriearbeit», sagt Marchand, «aber nahe am Kunsthandwerk.» Und sie wissen: Solche Ziegel herstellen, das kann sonst fast niemand mehr.

Doch seit Ende 2020 ist der Ofen kalt. Die Besitzerin, die Gasser Ceramic mit Sitz in Rapperswil BE, hat den Stecker gezogen. Weil das Werk nicht mehr rentiere. 16 Arbeiter haben die Kündigung erhalten. Die berühmten gelben und roten Bardonnex-Ziegel sollen künftig in Rapperswil hergestellt werden. Als «Ziegel vom Typ Bardonnex».

«BSCHISS»

Für Yves Peçon ist das «ein Bschiss». Der 68jährige Architekt, der 30 Jahre für den Genfer Denkmalschutz gearbeitet hat, kämpft für das Kulturerbe der Bardonnex-Ziegel. Als Ziegeleiunternehmer Rudolf Gasser im vergangenen Sommer die Schliessung bekanntgab, gründete Peçon zusammen mit Gleichgesinnten ein Aktionskomitee. Man trommelt viel Geld zusammen: Vier Millionen Franken von der Stiftung des Rolex-Gründers Hans Wilsdorf. Plus zwei Millionen vom Kanton Genf in Form einer Bestellung auf Vorrat von vier Millionen Ziegeln. Peçon: «Allein damit wäre die Fabrik fast zwei Jahre ausgelastet.»

Firmenchef Gasser schlägt die Angebote aus. Alain Clémence, emeritierter Professor für Sozialpsychologie und jetzt Sekretär des Komitees: «Das ist mir bis heute unverständlich.» Doch das Komitee gibt nicht auf. Jetzt ist es bereit, den Betrieb selber weiterzuführen. Als Genossenschaft und mit den bisherigen Arbeitern. Clémence: «Rudolf Gasser fand die Idee originell. Wir waren am Verhandeln und hätten wohl eine Lösung gefunden.»

Ein Komitee wollte die Ziegelei als Genossenschaft weiterführen, mit den bisherigen Arbeitern.

Doch jetzt stellt sich die Immobilienfirma Agramat quer. Ihr gehört der Boden, auf dem die Fabrik steht. Und sie will von der Genossenschaft nichts wissen. Als diese Ende Februar im Agramat-Büro gleich neben der Ziegelei einen Brief überreichen will, lässt die Fima das Gelände abriegeln und droht mit rechtlichen Schritten.

DAS VERSPRECHEN GEBROCHEN

Bitter für die Arbeiter: Agramat ist die Firma ihres ehemaligen Patrons. Claude Morandi, Ziegelfabrikant in vierter Generation, verkaufte 2010 zwar den Betrieb in Bardonnex an Gasser. Arbeiter Calame-Rosset erinnert sich: «Er kam zu uns und sagte: Macht euch keine Sorgen, die Ziegelei bleibt. Denn unsere Familie behält den Boden.» Doch Claude Morandi starb 2015. Jetzt leitet sein Schwiegersohn die Geschicke der Firma. Und der schreibt work: «Hätten wir nicht auf eine Miete verzichtet und der Fabrik unseren Ton gratis zur Verfügung gestellt, sie hätte schon lange schliessen müssen. Es gibt keine wirtschaftliche Realität mehr für diese Art Ziegel.» Und Agramat hat bereits Pläne für das Gelände: Lager- und Logistikflächen oder das Aufbereiten von Baustellenabfall.

Philippe Calame-Rosset arbeitete 20 Jahre in der Ziegelei, Christian Marchand sogar 36. Jetzt sind beide auf Stellensuche. «Das ist das Schlimmste», sagt Marchand, bevor er sich verabschiedet, «nach all den Jahren wirst du rausgeschmissen wie ein Schuft.»

Kulturerbe: Ziegel fürs Schloss Chillon

Es sind nicht irgendwelche Ziegel, die in Bardonnex entstanden sind. Sie sind ein Stück Kulturgeschichte. Sie decken das Schloss Chillon, das Genfer Rathaus und das Collège Calvin, eine der ältesten öffentlichen Schulen der Welt. Im Kanton Waadt schreiben mehrere Gemeinden vor, dass Dächer mit gelben Bardonnex-Ziegeln gebaut werden müssen – wegen des einheitlichen Ortsbildes. Sogar im nahe gelegenen Frankreich setzten Schlossherren auf Bardonnex-Qualität, etwa beim Château de Ripaille am Südufer des Lac Léman. Arbeiter Christian Marchand erinnert sich: «Für die Ziegel dort gab es keine Standards. Am Schluss haben wir vier verschiedene Ziegel gemacht, dazu alle in unterschiedlichen Längen.»

SCHUTZ. Damit dieses Know-how nicht verloren geht, soll die Fabrik jetzt unter Schutz gestellt werden. Der Schweizer Heimatschutz gab dafür bereits grünes Licht – entscheiden muss aber der Kanton Genf. Zwar kann der Heimatschutz die Eigentümer nicht verpflichten, den Betrieb wiederaufzunehmen. Aber sie dürfen die Fabrik auch nicht abreissen. Arbeiter Philippe Calame-Rosset sagt: «Ich hoffe, dass Agramat dann keine andere Möglichkeit mehr sieht, als uns die Produktion wieder zu erlauben.» Und sein Kollege Christian Marchand sagt: «Solange die Fabrik noch steht, lebt die Hoffnung.» (che)

Ziegel-Produktion

Dachwerk aus gebranntem Ton

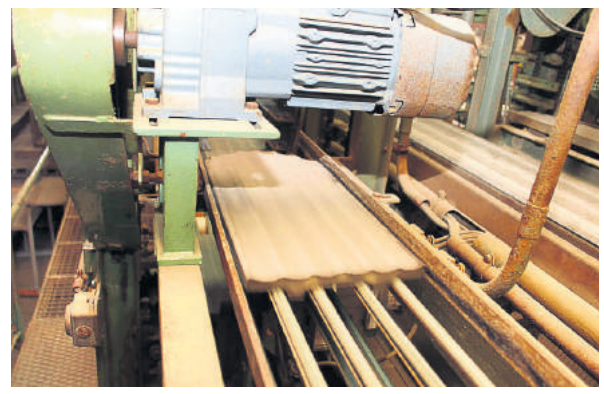
Arbeiter Christian Marchand hat 36 Jahre lang die berühmten Bardonnex-Ziegel produziert. Und jetzt die Produktion mit der Kamera dokumentiert:

GRUNDSTOFF: Alle zwei Jahre wird Rohton gegraben, total 15 000 Kubikmeter.

LOS GEHT'S! Ein Förderband befördert den Rohton in die Fabrik hinein.

MISCHMASCH: Die Dosiermaschine verteilt den Ton gleichmässig.

ROH: Ziegel aus der Trocknungsmaschine warten darauf, gebrannt zu werden.



OFENFERTIG: Ein getrockneter Ziegel kommt bei der Stapelanlage an. Danach kommt er in den Ofen.

FRISCH GEBACKEN: Nach 5 bis 6 Tagen im Ofen sind die Ziegel fertig.

Der grosse Rettungsplan für Amerika

Von Reaganomics zu Bidenomics

US-RETTUNGSPLAN: Präsident Bidens Reformpläne sind eine grundsätzliche politische und wirtschaftliche Neuorientierung. FOTO: GETTY

Bereits hat US-Präsident Joe Biden ein Covid-Hilfspaket im Wert von 1,9 Billionen Dollar unterzeichnet. Nun will er einen grossen Infrastrukturplan nachschieben. Die neue US-Regierung weiss, was sie will.

LOTTA SUTER, BERLIN, USA

Präsident Biden verschwendete angesichts der aktuellen Gesundheits- und Wirtschaftskrise in den USA keine Zeit. Kaum im Amt, verabschiedete er seinen ehrgeizigen «American Rescue Plan». Dieser «Rettungsplan für Amerika» verteilt 1,9 Billionen Dollar von oben nach unten um. Damit soll die Armut um ein Drittel und die Kinderarmut gar um die Hälfte reduziert werden. Bernie Sanders (79), der linke Senator aus dem US-Bundesstaat Vermont, sagt über das grosszügige Stimuluspaket: «Meiner Ansicht nach ist dies die wichtigste Vorlage zugunsten der werktätigen Bevölkerung, die in den letzten Jahrzehnten beschlossen worden ist.»

Einziger Nachteil: der Rettungsplan ist eine notfallmässige Krisenintervention. Das heisst, die darin vorgesehenen Sozialleistungen wie höhere Arbeitslosengelder, das garantierte Mindesteinkommen für Familien mit Kindern, die Ergänzungsleistungen für Miete, Nahrung und medizinische Vorsorge sind zeitlich befristet. Diese Reformen gesetzlich zu verankern wird nicht einfach sein. Schliesslich hat kein einziges der 261 republikanischen Kongressmitglieder für den Rettungsplan gestimmt. Die Demokratinnen und Demokraten sicherten die Vorlage allein mit ihrer hauchdünnen Mehrheit in der Legislative.

REICHE ZUR KASSE!

Doch bereits spricht die Regierung Biden von einem neuen Plan. Sie nennt das Vorhaben «Build Back Better»: Sie will die USA wiederaufbauen. Und zwar besser, das heisst grösser, grüner und gerechter als zuvor. Kostenpunkt: 3 bis 4 Billionen Dollar. Nebst klassischen Infrastrukturprojekten wie Brücken und Strassen sind darin auch Subventionen für ein grünes Energienetz vorgesehen, für einen breiteren Zugang zu den neuen Technologien, für umweltschonende Transportsysteme usw. Und nicht zuletzt gehört zu diesem verbesserten Wiederaufbau die «menschliche Infrastruktur». Die Regierung Biden plant eine Erweiterung des Bildungsangebotes: öffentliche Kindergartenplätze für alle Drei- und Vierjährigen sowie eine zweijährige gebührenfreie Ausbildung für junge Menschen nach Absolvierung der obligatorischen Schulzeit.

Finanziert werden sollen die erhöhten Staatsausgaben unter anderem mit einer Besteuerung der Reichen (Einkommen von mehr als 400 000 Dollar im Jahr). Ausserdem

LYNDON JOHNSON: Er lancierte in den 1960ern das Gesellschaftsprojekt Great Society. FOTO: GETTY

soll der Steuersatz für Unternehmen, den Donald Trump vor vier Jahren von 35 Prozent auf 21 Prozent gesenkt hatte, wieder auf 28 Prozent angehoben werden.

Insgesamt bedeuten Bidens Reformpläne eine grundsätzliche politische und wirtschaftliche Neuorientierung: weg von den neoliberalen Reaganomics, die die US-Politik seit den 1980er Jahren beherrscht und die soziale Ungleichheit enorm verschärft haben. Und hin zu einer sozialeren Wirtschaftsform, welche die US-Medien bereits Bidenomics nennen. Auch im rechten Lager hat man gemerkt, dass die neue US-Regierung weiss, was sie will. Und ist gar nicht froh darüber. Denn Bidens Sozialpolitik ist in der Bevölkerung sehr beliebt, selbst bei den einkommensschwächeren republikanischen Wählerinnen und Wählern. Also warnen die republikanischen Politiker, das Hilfspaket wie auch der Infrastrukturplan seien nichts anderes als «trojanische Pferde», in deren Bauch sich Sozialismus, Steuererhöhungen, und alles, was links ist, versteckten.

NEUER NEW DEAL

Die gleichen Leute, die Trumps Steuergeschenke in Billionenhöhe befürworteten, kritisieren nun Bidens Rettungsplan als Geldverschwendung. Der wachsende Schuldenberg werde die Kinder und Grosskinder belasten. Mit genau denselben Argumenten wurde in den 1930er Jahren die Wirtschaftsreform (New Deal) des demokratischen Präsidenten Franklin Roosevelt bekämpft. Heute möchte in den USA niemand mehr die damals eingeführten Sozialversicherungen missen. In den 1960er Jahren wehrte sich der «Sparwille» der Rechten gegen das grossangelegte Gesellschaftsprojekt (Great Society) von Präsident Lyndon Johnson. Heute sind die damals entstandenen staatlichen Krankenversicherungen für Seniorinnen und Senioren (Medicare) und für die Armen (Medicaid) unabdingbare und hochgeschätzte Institutionen im Alltag der USA.

Die Zeichen für einen grünen New Deal, für eine noch verlässlichere und gerechtere Great Society stehen derzeit nicht schlecht in den USA. Ex-Präsident Barack Obamas Rettungsversuche nach der Wirtschaftskrise von 2008 waren zu zaghaft, zu zögerlich und zu kompliziert, um ihre politische Wirkung zu tun. Offenbar hat sein damaliger Vizepräsident Joe Biden daraus gelernt. Diesmal sollen die Leute sofort und direkt spüren, dass die Regierung ihnen in der Krise beisteht. Und dass der Staat nicht das Problem ist, wie der republikanische Ex-Präsident Ronald Reagan in seiner Antrittsrede vor vierzig Jahren sagte. Ein demokratisch organisierter Staat kann durchaus zur Lösung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Probleme und Widersprüche beitragen.

Amazon Italien: Zehntausende im Streik

Von den Verteilzentren bis zu den Fahrerinnen und Fahrern, die die Pakete nach Hause liefern: Zehntausende Amazon-Mitarbeitende in ganz Italien legten am 22. März ihre Arbeit nieder. Mit dabei beim Protest gegen Stress, Eintönigkeit und überbordende Arbeitszeiten war in der Stadt Passo Corese in der Nähe von Rom auch Francesca Gemma (30). Sie arbeitet seit 2017 in einem Verteilzentrum und sucht bestellte Waren heraus und verpackt sie. Der italienischen Tageszeitung «La Repubblica» sagte Gemma: «Wenn du beim Picken beschäftigt bist, musst du dieselbe Bewegung acht Stunden lang in einer Art Käfig machen. Es gibt keine Alternativen. Nach wenigen Tagen schmerzen die Arme, der Rücken, die Knie.» Auch andere Beschäftigte klagen über körperliche Schmerzen und psychische Schwierigkeiten. Zum Streik aufgerufen hatten drei italienische Transportgewerkschaften, weil laufende Verhandlungen mit dem US-Konzern gescheitert waren. Dieser hatte sich stur geweigert, die Vorschläge der Beschäftigten und ihrer Organisationen aufzugreifen. «Die Beteiligung am Streik ist unterschiedlich, aber wir liegen bei 70 bis 75 Prozent», sagte der Generalsekretär der Gewerkschaft FILT-CGIL, Stefano Malorgio, dem Nachrichtensender RAI News 24.

GRUSSBOTSCHAFTEN. Aus aller Welt erreichten die Streikenden Solidaritätsbekundungen von Amazon-Beschäftigten und Gewerkschaften. Auch die Unia gratulierte den Streikenden in ihrer Grussbotschaft «zu ihrem Mut und ihrer Entschlossenheit», sich zu wehren. «Es ist ein historischer Tag für alle Plattform-Mitarbeitenden weltweit», so die grösste Schweizer Gewerkschaft. Litten diese doch unter immer noch mehr brutalem Zeit- und Lohndruck. Speziell in diesen Coronazeiten. (mjk)

AMAZON-STREIK: «Gesetze und Schutz für Arbeitende».

ARBEITERINNEN GEGEN AMAZON: Die Mehrheit der Amazon-Mitarbeitenden in Bessemer, Alabama, sind afroamerikanische Frauen. Und diese wollen gesehen und angehört werden – und einen menschenwürdigen Job. FOTO: DEMOCRACYNOW.ORG

USA: Arbeitskampf beim Onlineversand-Giganten Amazon in Alabama

Davida gegen Goliath

Der Versandriese Amazon wehrt sich in den USA mit Händen und Füssen gegen die Organisierung seiner Mitarbeitenden. Doch ausgerechnet im gewerkschaftsfeindlichen Südstaat Alabama bieten diese ihm die Stirn.

LOTTA SUTER, BERLIN, USA

Wenn Jennifer Bates (48) und ihr Arbeitskollege Darryl Richardson (51) im Amazon-Warenlager in Bessemer, Alabama, auf die Toilette gehen, sind selbst die Wände des stillen Örtchens mit Antigewerkschaftspropaganda vollgepflastert. Der betriebsinterne Abstimmungskampf über den Beitritt zur Gewerkschaft läuft auf Hochtouren. Noch vor Ostern wird entschieden, ob Amazon zum ersten Mal in seiner 27jährigen Firmengeschichte eine Gewerkschaft als Gesprächspartnerin akzeptieren muss.

BESSERES VERDIENT

Stuart Appelbaum ist Sekretär der relativ kleinen, aber dynamischen Dienstleistungsgewerkschaft RWDSU, die die Organisierungskampagne beim Versandriesen Amazon begleitet. Er erklärt: «Es geht um die Zukunft der Arbeit, denn Amazon verändert einen Wirtschaftszweig nach dem andern.» Die Amazon-Lageristin und Gewerkschaftsaktivistin Jennifer Bates sagt es etwas handfester: «Amazon-Mitarbeitende wollen gesehen und angehört und wie Menschen behandelt werden.» Kollege Darryl Richardson doppelt nach: «Die machen uns zu Robotern. Wir haben Besseres verdient.» 85 Prozent der Amazon-Mitarbeitenden in Bessemer sind afroamerikanisch. Die Mehrheit der Beschäftigten ist weiblich. Ihr Wohn- und Arbeitsort ist ein ehemaliges Zentrum der Stahlverarbeitung. Bessemer ist bloss eine von vielen heruntergekommenen und verarmten Industriestädten, die in den letzten Jahren praktisch über Nacht zu «Company Towns» (Firmenstädten) von Amazon wurden. Die umstrittene Logistikzentrale nahm im März 2020, kurz nach Ausbruch der Pandemie, mit 1500 Arbeitskräften den Betrieb auf. Und wie die meisten der über achthundert Amazon-Abwicklungsfilialen in den USA wurde auch dieser Standort in der Folge rasch erweitert. Letztes Jahr stellte Amazon weltweit über 437 000 neue Arbeitskräfte an. Das ist ein Rekordzuwachs, wie ihn bisher nicht einmal der Einzelhandelskonzern Walmart, der grösste private Arbeitgeber der Welt, in der gleichen Zeitspanne geschafft hat. Für viele US-Amerikanerinnen und -Amerikaner bedeutete ein Job bei Amazon die Rettung in der pandemiebedingten Not.

Doch es war bloss eine Rettung auf Zeit. Schon bald wütete Corona auch in den hektischen Amazon-Lagerhallen. Über 20 000 Personen sind da bisher angesteckt worden. Und bis heute beschweren sich Amazon-Angestellte über fehlende Schutzmassnahmen gegen das Virus und über nicht ausbezahlte Krankentage.

DIE GEWERKSCHAFTSSPRENGER

Amazon-Boss Jeff Bezos hingegen steht als strahlender Corona-Gewinnler da: Dank der Pandemie ist sein Onlinegeschäft prächtig aufgeblüht. Und sein Vermögen hat sich in der Krise um mehrere Dutzend Milliarden Dollar vermehrt. Bezos ist heute der reichste Mann der Welt und verfügt über schätzungsweise 200 Milliarden Dollar. Mit der Hälfte dieses Geldes könnte er weltweit allen Amazon-Mitarbeitenden, über einer Million Menschen, je eine Corona-Prämie von 100 000 Dollar ausbezahlen. Das tut er natürlich nicht. Im Gegenteil setzt er alles daran, die Lohnabhängigen in Zukunft noch effizienter auszubeuten und noch höhere Profite zu machen. Das heisst vor allem auch: keine Gewerkschaften zuzulassen. Allein in Alabama budgetiert Amazon zurzeit mehrere Tausend Dollar pro Tag und Person für sogenannte Union Busters (Gewerkschaftssprenger).

Die systematische und professionalisierte Gewerkschaftsbekämpfung hat in den USA Tradition. Vor gut hundert Jahren heuerten die Unternehmen Schlägertypen an, die organisierungswillige Arbeiterinnen und Arbeiter ganz einfach vermöbelten oder gar umbrachten. Heute stellen mächtige Konzerne wie Amazon hochgebildete und hochbezahlte Experten an, die die Mitarbeitenden mittels Psychologie und Überwachung massgeschneidert in den sozialen Medien und an obligatorischen Betriebsversammlungen einschüchtern. Das klappt erstaunlich oft: Da heute nur noch zehn Prozent der US-amerikanischen Privatwirtschaft gewerkschaftlich organisiert sind, wissen viele, vor allem jüngere Menschen, kaum mehr aus eigener Anschauung, was eine Gewerkschaft ist und was sie für die Arbeitenden tun kann.

«Wir wollen wie Menschen behandelt werden!»
AMAZON-LAGERISTIN JENNIFER BATES

Etliche frühere Organisierungsversuche in US-amerikanischen Amazon-Betrieben sind denn auch gescheitert schon bevor es zu einer Abstimmung der Beschäftigten kam. Doch jetzt hat Alabama das Eis gebrochen. Amazon-Angestellte in Baltimore, New Orleans, Portland, Denver und Südkalifornien und anderswo denken bereits laut über einen eigenen Organisierungsversuch ihrer Amazon-Standorte nach.

Dabei hatte sich der expandierende Versandkonzern in Bessemer genau gleich präsentiert wie auch in anderen ökonomisch unterentwickelten Regionen der USA: als Arbeitgeber mit einem guten Anfangslohn von 15 Dollar in der Stunde und grosszügigen Sozialleistungen. Das ist ein attraktives Angebot in einem US-Bundesstaat wie Alabama, wo der Minimallohn von 7 Dollar 25 (6 Franken 70) seit 2009 unverändert tief geblieben ist. Wo nach dem Niedergang der Stahlverarbeitungsindustrie hohe Arbeitslosigkeit herrschte. Wo die Leute existentiell auf Amazon angewiesen waren und deshalb tun würden, was man von ihnen verlangte. Bessemer war 2019 von der US-Wirtschaftszeitung «Wall Street Journal» zur «unattraktivsten Stadt Alabamas» gekürt worden. Mit dieser Not rechnete der Grosskonzern.

BLACK LIVES MATTER

Doch die Amazon-Strategen haben in ihrer Lagebeurteilung Verschiedenes falsch eingeschätzt:

Erstens wurde übersehen, dass eine ehemalige Industriestadt oft auch eine ehemalige Hochburg gewerkschaftlicher Aktivität ist. In Bessemer sind es oft die Onkel und Tanten, die Grossväter und Grossmütter, die den jüngeren Arbeitskräften nahelegen, wie wichtig Gewerkschaften sind. Und wie sehr diese ihnen gerade in Krisenzeiten zu einem guten Leben verholfen haben. Aussenstehende sind oft erstaunt über diese starke Gewerkschaftstradition in Alabama, wo noch bei der Wahl im letzten November 62 Prozent der Leute für Donald Trump gestimmt haben. Doch die Leute vor Ort erinnern sich durchaus daran, dass die Eltern der Kolleginnen und Kollegen mit den besseren Häusern und Autos in gewerkschaftlich organisierten Betrieben gearbeitet haben. Sie hatten eine gutbezahlte Stelle bei der Eisenbahn, im Kohleabbau, in der Stahlindustrie oder bei der Alabama Telephone Company.

Zweitens ist zu beachten, dass der Amazon-Standort Bessemer ein Vorort von Birmingham ist, einem Zentrum der Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre. Für die afroamerikanische Amazon-Belegschaft und auch für die sozial engagierte Dienstleistungsgewerkschaft RWDSU ist der Kampf um menschenwürdige Arbeitsbedingungen ohne Dauerüberwachung und zermürbende Schikanen nicht bloss eine Geldfrage, sondern auch eine Stellungnahme gegen die Fortsetzung des alten Rassismus mit neuen Mitteln. Black Lives Matter – schwarze Leben sind wichtig. Dieser politische Anspruch gilt auch für die Arbeit im Amazon-Warenlager. Alabama mag insgesamt konservativ sein, doch schwarze Menschen wählen in der Regel linker und gewerkschaftsfreundlicher als ihre weissen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

85 Prozent der Mitarbeitenden von Amazon in Bessemer sind afroamerikanisch.

Und drittens haben sich während der Regierung Trump und besonders im letzten Jahr die Ungleichheiten und Widersprüche in der US-Gesellschaft verschärft. Gleichzeitig ist auch der Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit stärker geworden. Die grosse Mehrheit der US-Bevölkerung ist froh, dass der kleine David – oder genauer die kleine Davida – in Bessemer den Kampf gegen den grossen Amazon-Goliath aufgenommen hat. Denn die Frauen wehrten sich an vorderster Front für bessere Arbeitsbedingungen. Und prominente Sportler und Filmstars zeigen sich solidarisch mit den Amazon-Mitarbeitenden. Der neugewählte US-Präsident Joe Biden höchstpersönlich sprach sich in einem Video für das Recht aller «Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Alabama» auf gewerkschaftliche Organisierung aus. Linke Politikerinnen und Politiker – unter ihnen auch Bernie Sanders, der sozialistische Senator aus Vermont – sind nach Alabama gereist, um die grösste Gewerkschaftskampagne seit mehr als zwanzig Jahren zu unterstützen.

Wie auch immer die Amazon-Abstimmung in Bessemer ausgeht, die Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung der USA ist ausgerechnet im «gewerkschaftsfeindlichen Süden» zu neuem Leben erwacht.

Luzern

Männer stimmen

Gleichstellungspioniere waren die Luzerner Männer zwar nicht. Aber immerhin etwas tifiger als ihre Geschlechtsgenossen in anderen katholisch-konservativen Regionen. So sagten zwei von drei Luzerner «schon» am 25. Oktober 1970 Ja zum Frauenstimmrecht auf kantonaler Ebene – knapp vier Monate vor dem nationalen Durchbruch. Wie kam es zu diesem längst fälligen Wandel? Wer waren die Luzerner Vorkämpferinnen? Und warum hat der Kanton heute wieder eine reine Männerregierung? Das und mehr beleuchtet eine Sonderausstellung im Historischen Museum Luzern.

Eine Stimme haben, Historisches Museum Luzern, Pfistergasse 24, Luzern. **www:historischesmuseum.lu.ch/**

Lenzburg

Faszinosum Geschlecht

Was den einen nicht farbig genug sein kann, ist den anderen zu bunt. Wo die einen rot sehen, wird den anderen warm ums Herz. Kalt lässt

FOTO: ZVG

das Thema «Geschlecht» niemanden. Aber wie entsteht eigentlich Geschlecht? Was macht uns zur Frau, was zum Mann – und was führt darüber hinaus? Entdecken Sie es in der faszinierend schönen Ausstellung im Lenzburger Stapferhaus. Wer es nicht bis in den Zentralaargau schafft, kann digital reinschnuppern: Drei interessante Podcasts zu den Themen «Transgender», «Macht» und «Erziehung» stehen frei zur Verfügung.

Geschlecht. Jetzt entdecken, Stapferhaus, Bahnhofstrasse 49, Lenzburg. **www:stapferhaus.ch/geschlecht/**

rundgang

Olten

Gespaltener Kanton Solothurn

Über dreissig Solothurner Frauenbiographien (und drei Männerleben) vom Mittelalter bis in die Gegenwart beleuchtet das Historische Museum Olten. Dabei zeigt es erstaunliche Gegensätze: Mehrmals war der Kanton durch progressivste Stimmen aufgefallen, wiederholt aber auch durch erzkonservative und frauenfeindliche Positionen. Und obwohl 1971 über 60 Prozent der Solothurner Ja sagten, lehnten immer noch etwa 20 Gemeinden das Frauenstimmrecht teils deutlich ab. Wie kam es dazu? Die Ausstellung «Pionierinnen» weiss mehr.

Pionierinnen. Eine Würdigung, Historisches Museum Olten, Konradstrasse 7, Olten, **www:historischesmuseum.lu.ch**

50 Jahre Frauenstimmrecht: 9 Aus

Bern: Frauen ins Bundeshaus!

Überall Schnäuze und Bärte. Glatzköpfe und Grauschöpfe. Und im Bundesrat immer mal wieder: ein Kurt, ein Max oder ein Hans. 123 Jahre lang ging das so, im «Männerheiligtum» Bundeshaus. Und dann kamen die Frauen.

Zwölf waren es, die im Oktober 1971 die Wahl ins Parlament schafften. Wenige Monate nachdem die Schweizer Männer endlich Ja gesagt hatten zum nationalen Frauenstimmrecht. Das war der Durchbruch. Das Ende des hundertjährigen Kampfes darum, dass auch Frauen endlich mitreden und mitbestimmen können.

Doch nach dem Kampf kam der Krampf: In der Politik stiessen die Frauen auf Hürden, wo es für Männer keine gab. Denn so freundlich Bern die «ersten zwölf» auch mit Blumen begrüsste: der Bundesbetrieb blieb vorerst, was er schon immer gewesen war. Eine Männerwelt.

KEINE WC, KEIN ALKOHOL

Davon erzählt die Ausstellung «Frauen ins Bundeshaus», die zurzeit im Historischen Museum in Bern gezeigt wird. Nur zu gut erinnert sich dort die frühere FDP-Nationalrätin Vreni Spoerry im Videointerview, wie sie im Bundeshaus nach einem Frauen-WC suchte, während es für die Männer eines auf jedem Stockwerk gab. SP-Frau Gabrielle Nanchen wiederum weiss noch genau von ihrem Frust, wenn es wieder hiess: «Frau Nationalrat Nanchen hat das Wort.» Als sie darauf hinwies, dass es eigentlich Nationalrätin heissen müsse, bekam sie zu hören: «Das gibt es nicht.» Und als Nanchen ihre Karriere in der Bundespolitik 1979 beenden musste, war das auch deshalb, weil es im Bundeshaus keine Kinderkrippe gab (und bis heute nicht gibt).

Nationalrätin Nanchen musste ihre Bundeshauskarriere 1979 beenden, weil es keine Kinderkrippe gab.

SONNE: Symbol des Protests gegen die Nichtwahl von Christiane Brunner.

Währenddessen beobachtete die Öffentlichkeit akribisch, wie sich die Frauen unter der Bundeshauskuppel schlugen. Der Druck war riesig: keinen Fehler machen, immer anständig aussehen, dossiersicher sein. Und zwar mehr als die männlichen Kollegen. Schliesslich plangte so mancher darauf, dass sich eine der Frauen einen Fehltritt leistete. Und damit zeigte, was ja «schon immer klar» war: dass Frauen in der Politik nichts zu suchen hätten.

Hanna Sahlfeld wusste deshalb genau: «Ich konnte mir keinen Skandal erlauben.» Also legte sich die 1971 28jährige SP-Nationalrätin selber Regeln auf: Keinen Tropfen Alkohol. Abends immer als erste heim ins Hotel. Nie mit einem Mann alleine ausgehen. Bei einer Einladung mit Männern möglichst eine Kollegin mitbringen. Und: mehr zuhören als reden.

GERÜCHTE UND HETZE

War das übertrieben? Leider nein. Christiane Brunner – die verhinderte Bundesrätin – erlebte es am eigenen Leib. Sie kandidierte 1993 für den Bundesrat und wurde mit einer unglaublichen Hetzkampagne kaltgestellt. Dazu gehörten Gerüchte um angebliche Nacktfotos und um eine Abtreibung. Ihre Geschichte – aus ihrer eigenen Perspektive erzählt – ist unbestritten ein Herzstück der Ausstellung. Neben jener der ersten Bundesrätin Elisabeth Kopp, die 1989 schliesslich zum Rücktritt gezwungen wurde. Sie machen betroffen, traurig, hässig – und gleichzeitig optimistisch. Weil sich im Angriff auf die beiden Politikerinnen auch zeigte, dass sich die Frauen das nicht mehr gefallen lassen.

Tausende gingen nach der Nichtwahl von Brunner auf die Strasse. Seither gab es nie mehr einen Bundesrat ohne Frauen. Immerhin. Und das ist einer der vielen Fortschritte, den die Frauen in den letzten 50 Jahren hartnäckig erkämpft haben. Innerhalb und ausserhalb des Bundeshauses.

PATRICIA D'INCAU

Ausstellung **Frauen ins Bundeshaus** im Historischen Museum Bern. Bis 14. November. **rebrand.ly/fraueninsbundeshaus**

LAND DER AUFGEHENDEN BLUMEN: Bundespräsidentin Doris Leuthard trifft Chinas Präsidenten Xi Jinping 2017 in Beijing vor wehenden Fahnen.

FOTO: KEYSTONE

Macht

Kleider machen Leute. Das gilt überall und auch in der Politik. So trug die einstige Basler SP-Nationalrätin Anita Fetz, eine Linke der ersten Stunde, bei der Debatte über den Uno-Beitritt ein knallrotes T-Shirt mit dem Schweizerkreuz darauf. Ganz bewusst. Denn Fetz

Schon immer mussten sich Politikerinnen Sprüche über ihr Äusseres anhören.

wollte das patriotische Symbol nicht den Rechten überlassen. Ein politisches Statement via Kleidung bot auch die SVPlerin Yvette Estermann: Bei ihrer Vereidigung im Nationalrat im Jahr 2007 erschien sie in einer Luzerner Tracht.

Beide Kleidungsstücke, das T-Shirt und die Tracht, sind jetzt als Leihgaben in einer Ausstellung im St. Galler Textilmuseum zu sehen. Die Schau hat den Titel «Robes politiques» (politische Kleider) und geht dem Zusammenhang zwischen Mode, Macht und Frauen nach. Kostüme und Accessoires, so die

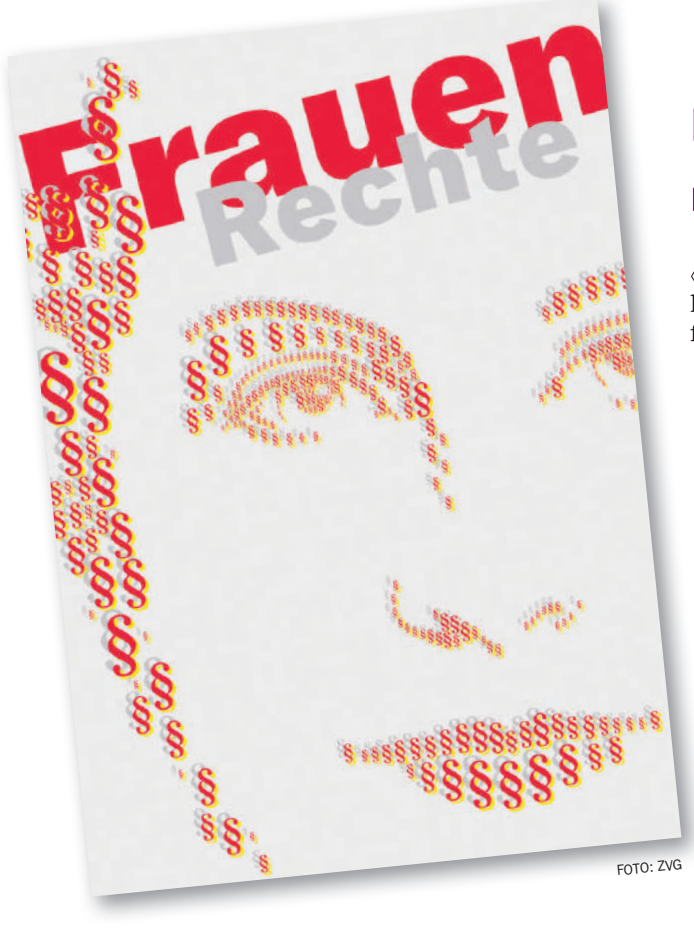


FOTO: ZVG

Zürich: Frauen und

«Frauen. Rechte», so der simple Titel der Ausstellung. Gähn? Overkill im Jubiläumsjahr. Weit gefehlt! Es beginnt spannend schon im Entrée: Empfangen wird frau vom Video «Ever is over all» der Zürcher Künstlerin Pipilotti Rist, in dem eine junge Frau mit einer Blume Autoscheiben einschlägt. Es folgen – im Auftritt gesittet, in der Aussage ebenso radikal – die Schweizer Frauenrechtlerinnen Julie Bondeli, Susanne Necker-Curchod und Marianne Brentano Ehrmann. Vor 300 Jahren diskutierten sie in ihren Salons die Gleichstellung.

Menschenrechte sind Männerrechte, sind auch Frauenrechte? Keinesfalls! Zum Beispiel die linken Jakobiner in der Französischen Revolution: Sie hatten nicht nur keine Lust auf Gleichberechtigung, sondern bremsten die aufmüpfigen Frauen brutal aus. So Olympe de Gouges. Die Verfasserin der kühnen Deklaration der Rechte der Frau und Bürgerin wird als Royalistin angeklagt und 1793 geköpft. «Die Frau ist frei geboren und bleibt dem Manne gleich in allen Rechten», dieser erste Artikel ihrer Deklaration zieht sich als Motto durch die ganze Ausstellung.

DAS PATRIARCHAT SCHLÄGT ZURÜCK

Etwas versteckt in einer Nische lesen wir über das Schicksal von Lydia Welti-Escher, der Tochter und Erbin des grossen Zürcher Industriellen Alfred Escher. Ehebruch! Weder ihr Reichtum noch ihre Verwandtschaft retteten sie vor der grausamen Rache ihres Ehemannes und ihres Schwiegervaters.

Der Preis der Selbstbestimmung war der Hass der Männer: grausam und oft tödlich.

Der Preis der Selbstbestimmung war der Hass der Männer. Gefährlich, grausam und oft tödlich. Die Ausstellung bereitet den unerschrockenen Frauen zu Recht eine grosse Bühne: Den

stellungen als Oster-Tipps

und Mode in St. Gallen

Kuratorinnen Annina Weber und Claudia Schmid, versinnbildlichten weibliche Machtansprüche. Politisch einflussreiche Frauen würden sich jedoch auf einem schmalen Grat bewegen: «Sie laufen stets Gefahr, für ihren Auftritt kritisiert zu werden.» Dafür liefern die Kuratorinnen bekannte Beispiele.

KOPFTUCH UND DÉCOLLETÉ

Teheran 2008: Die frühere Aussenministerin Micheline Calmy-Rey (SP), die wohl chicste Politikerin, die die Schweiz je hatte, zeigt sich vor den iranischen Machthabern mit einem Kopftuch. Rechte Kritiker warfen ihr einen Kniefall vor den Islamisten vor. Oder Oslo 2008: Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel lässt bei der Einweihung von Norwegens spektakulärer neuer Oper tief in ihr Décolleté blicken. Was bei ihren Auftritten im nüchternen Hosenanzug sonst nie der Fall ist. Dafür erhielt sie böse Kommentare von Moralaposteln und Möchtegern-Stilprofis. Ungläubige Blicke erntete auch die damalige Verkehrsministerin Doris Leuthard bei der Einweihung des Neat-Tunnels. Sie trat in einem auffälligen Designerkleid auf, das mit Löchern durchsetzt war. Was als originell-ironischer Kommentar zum Tunnelbau gedacht war, löste allgemeines Kopfschütteln aus. Eher dezent dagegen ihr Blumenkleid bei ihrem Chinabesuch im Mai 2017 (Bild oben).

Schon immer mussten sich Politikerinnen von männlichen Kollegen Sprüche über ihr Äusseres anhören. Die der Mode wenig zugetane Bundesrätin Ruth Dreifuss beliess es in ihrem Outfit bei schlichtem Marineblau und Schwarz, kombiniert mit bunten Schals und Jacken. Dies quittierten Spassvögel mit dem Witz: «Was macht Ruth Dreifuss mit ihren alten Kleidern? Sie trägt sie.» Ein anderes Beispiel ist Tamara Funiciello. Kaum eine andere Politikerin in der Schweiz musste sich so viele sexistische Kommentare anhören. Die junge SP-Powerfrau entzieht sich patriarchalen Angriffen durch eine bewusst unauffällige Bekleidung – schwarze Hose, schwarzes T-Shirt, Blazer. Auch dieses T-Shirt ist in der St. Galler Ausstellung zu sehen. Und als Kontrast dazu ein Etuikleid von FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Die FDP-Frau bevorzugt teure Stücke aus dem Hause Akris. Solche tragen modebewusste Politikerinnen mit Hang zum Businesslook überall auf der Welt. Zum Beispiel auch Beinahe-US-Präsidentin Hillary Clinton.

EITLER SCHRÖDER

Auch Männer haben es in die Schau im Textilmuseum geschafft. So der eitle deutsche Ex-SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder. Wegen seiner Vorliebe für superteure italienische Anzüge auch «Brioni-Kanzler» genannt. Sein Gegenstück ist Griechenlands linker Ex-Finanzminister Yanis Varoufakis. Dieser liebt Lederjacken und körperbetonte schwarze T-Shirts. Gleichgesinnt war einst der Grüne Joschka Fischer, als er 1985 in Jeans und Turnschuhen zum Umweltminister Deutschlands gekürt wurde. Doch bald wechselte auch er zum dunklen Anzug.

Eher Schaudern denn Bewunderung mag das strenge Deux-pièces der britischen Premierministerin Margaret Thatcher auslösen. Die konservative Hardlinerin zelebrierte die Macht der englischen Elite mit strengen Kostümen, Perlenketten und einer betonharten Helmfrisur. Diese ist – mit weniger Schnörkeln – heute bei Keller-Sutter wiederzufinden.

Ein Accessoire von Thatcher, nämlich ihre Handtasche, brachte es sogar zu einem Eintrag im Oxford English Dictionary: «Handbagging» ist seither ein Synonym für das verbale Schlagen von Gegnern und Kollegen.

RALPH HUG

Robes politiques – Frauen Macht Mode. Bis 6.2.2022. **www.textilmusem.ch**

Rechte. Und Heldinnen.

ersten Studentinnen an der Universität Zürich, darunter auch Rosa Luxemburg. Den Arbeiterinnen, die schon 1873 gleichen Lohn für gleiche Arbeit forderten. Und den Arbeiterinnenvereinen, die als erste in der Schweiz das Frauenstimm- und -wahlrecht einforderten. Sie alle wagten viel. Denn eine Mehrheit der Männer war bis weit ins 20. Jahrhundert wild entschlossen, die Schweiz als letzte Bastion des Patriarchats zu verteidigen.

KEMPIN-SPYRIS CHAISELONGUE

Die Emanzipation der Frauen ist eine Geschichte von Heldinnen, aber darüber hinaus auch sehr witzig. Wenn Sie noch nie einen gestrickten Peniswärmer gesehen haben, haben Sie hier die Möglichkeit! Und ausgestellt ist auch das ganze Potpourri der Frauenkleidung der letzten 200 Jahre: die unglaublich komplizierten Röcke, mit denen Frauen erstmals aufs Fahrrad stiegen, die ersten Frauenhosen, die einschnürenden Mieder und natürlich der Mini-Jupe. Engmaschig war die Vernetzung der Frauen. National und international. Sie tauschten sich in ganz Europa und bis in die USA aus. Die Gewerkschafterinnen in der Schweiz waren bestens vernetzt mit den Sozialdemokratinnen im Deutschen Reich. Und diese kannten die Situation in der Schweiz. Die Frauen schrieben sich, publizierten und sahen sich an Konferenzen. Vielleicht liegt genau hier auch die Erklärung für die Ausdauer und zähe Unerschrockenheit der Vorkämpferinnen in der Schweiz.

Die Ausstellung endet auch mit Pipilotti Rist. Mit ihrer riesigen Chaiselongue zu Ehren von Emilie Kempin-Spyri. Sie war die erste Frau in der Schweiz, die 1887 als Juristin promovierte, aber nicht als Anwältin praktizieren durfte. Weil die Zulassung ans Stimmrecht gebunden war. Und dieses sollten die Frauen in der Schweiz auf nationaler Ebene erst 84 Jahre später erhalten. Auf Spyris Chaiselongue darf frau sich vor dem langen Abstieg ins Museumsparterre räkeln.

DORE HEIM

FOTO: NICOLAS ZONVI

work-Serie:
Stimmrechtsfrauen

Am 7. Februar 2021 wurde das nationale Stimm- und Wahlrecht der Frauen in der Schweiz 50jährig. Aus diesem Anlass hat die Gewerkschafterin und Historikerin **Dore Heim** die unerschrockensten und wichtigsten «Frauenrechtlerinnen» in einer work-Serie porträtiert. Gewürdigt wurden unter anderen: Katharina Zenhäusern, die als erste Schweizerin abstimmen ging. Iris von Roten, eine der radikalsten Denkerinnen der Sache der Frauen. Emilie Lieberherr, «Animal politique» wie keine andere Politikerin in der Schweiz. Josi Meier, die CVP-Politikerin, die sich eine eigene Meinung leistete. Martina Hälg-Stamm, die Pionierin in Mostindien. Dora Schmidt, die erste Bundesbeamtin der Schweiz. Die kompromisslose Revolutionärin Rosa Bloch. Und Margarethe Faas-Hardegger, die Anarchismus, Abtreibung und freie Liebe propagierte. Alle Teile der Serie gibt es hier: **rebrand.ly/frauenstimmen.**

Zürich

Frauen im Laufgitter

Als Iris von Roten 1958 ihr Werk «Frauen im Laufgitter» publizierte, ging ein Aufschrei der Empörung durchs Land. Selbst Feministinnen störten sich an der rebellischen Walliserin, die geistreich und scharfsichtig mit der patriarchalen Schweiz abrechnete. Dennoch war das Buch im Nu ausverkauft. Und es ist noch heute hochaktuell. Jetzt inszeniert diesen Klassiker die Theatergruppe Mass & Fieber im Rahmen einer Ausstellung als «performatives Erlebnis».

Museum Strauhof, Augustinergasse 9, Zürich, **www.strauhof.ch**

Zürich

Propaganda-plakate

Der Kampf für die politische Gleichstellung von Mann und Frau überdauerte Generationen. Und immer begegneten sich Befürworterinnen und Gegner nicht nur wort-, sondern auch bildgewaltig. Jetzt zeigt das Zürcher Museum für Gestaltung 39 Propagandaplakate aus seiner Sammlung. Sie zeugen vom emotional geführten Abstimmungskampf und zeigen Bildrhetorik und Argumentationsstrategien beider Lager auf. Darunter befinden sich Klassiker wie Donald Bruns Anti-Plakat mit dem vernachlässigten «Nuggi» oder Otto Baumbergers Schreckbild eines po-

FOTO: OTTO BAUMBERGER, PRO LITTERIS, ZÜRICH

litisch aktiven «Mannweibs». Aber auch zahlreiche kaum bekannte Sujets vermögen noch heute zu schockieren.

Museum für Gestaltung, Toni-Areal, Pfingstweidstrasse 96, Zürich, **www: museum-gestaltung.ch/**

Appenzell

Innerrhödler «Frauezüüg»

Lange Zeit erzählten historische Museen primär Heldengeschichten von «grossen Männern» und führten als Hauptattraktion deren Hellebarden und anderes Kriegsgerät. Noch heute gelangen sogenannte Frauensachen nicht selbstverständlich in eine Museumssammlung. Denn Objekte des weiblichen Alltags werden als wenig geschichtsprägend und erinnerungswürdig wahrgenommen. Nicht so im renommierten Museum Appenzell! Dieses widmet sich in einer Sonderschau ganz dem Putzen, Kochen oder Nähen. Und den dazugehörigen, teils längst verschwundenen Gegenständen. Wohl einzigartig ist beispielsweise der über 100jährige «Bügeleisenofen». Erstaunen lassen auch die verschiedenen Frauenportraits. Etwa jenes der «Gemsle-Wirtin», die – Stammtisch sei Dank – als politisch bestinformierte Person des Kantons galt.

Amalie, Josefa, Ottilia – Frauenportraits aus Appenzell Innerrhoden, Museum Appenzell, Hauptgasse 4, Appenzell, **www.museum.ai.ch**

Das offene Ohr

David Aeby
von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Corona: Ferienabzug wegen Krankheit des Chefs?

Ich bin Schreinerlehrling im ersten Lehrjahr. Mein Lehrbetrieb ist sehr klein, nebst meinem Chef arbeitet nur noch ein weiterer Mitarbeiter dort. Letzte Woche war mein Chef wegen Corona in Isolation, und mein Arbeitskollege weilte in den Ferien. Der Chef hat mich telefonisch informiert, dass der Betrieb deshalb geschlossen bleibe und ich in dieser Woche nicht zur Arbeit erscheinen müsse. Jetzt wurde mir eine Woche Ferien abgezogen. Ist dies richtig?

DAVID AEBY: Nein. Muss das Geschäft aus unvorhersehbaren Gründen geschlossen werden und kann der Arbeitgeber deshalb die Arbeitsleistung der Arbeitnehmenden nicht annehmen, gerät er in den sogenannten Annahmeverzug. Solche unvorhersehbaren Schliessungen gehören zum Arbeitgeberrisiko, das nicht auf die Arbeitnehmenden überwälzt werden darf. Bei einem Annahmeverzug muss der Arbeitgeber den Lohn weiter bezahlen, ohne dass die Arbeit nachgeholt werden muss. Damit der Arbeitgeber tatsächlich in Verzug gerät, müssen die Arbeitnehmenden ihre Arbeitsleistung aber anbieten, ihm also (aus Beweisgründen am besten schriftlich oder per E-Mail) mitteilen, dass sie arbeiten möchten. Nur wenn der Arbeitgeber ausdrücklich auf die Dienste der Arbeitnehmenden verzichtet hat oder wenn aus den Umständen hervorgeht, dass der Arbeitgeber nicht zur Annahme in der Lage ist, entfällt die Pflicht, die Arbeit anzubieten. Im vorliegenden Fall wurde Ihnen mitgeteilt, dass der Betrieb geschlossen werde. Unter diesen Umständen mussten Sie Ihre Arbeitsleistung nicht noch extra anbieten, und Sie haben, gestützt auf Art. 324 OR, grundsätzlich Anspruch auf Lohn während der Woche, während deren der Betrieb geschlossen war. Es dürfen Ihnen keine Ferien abgezogen werden.

Kündigung: Muss ich auf den 13. Monatslohn verzichten?

Seit fünf Jahren arbeite ich als Maler in einem Kleinbetrieb. Ich habe meine Stelle ordnungsgemäss gekündigt. Ende April habe ich den letzten Arbeitstag. Weil die Auftragslage zurzeit eher schlecht ist, hat mich mein Chef gefragt, ob ich allenfalls bereit wäre, auf den 13. Monatslohn zu verzichten. Ist das überhaupt zulässig?

DAVID AEBY: Nein. Im allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Maler- und Gipsergewerbe ist ein 13. Monatslohn festgeschrieben (wie in vielen anderen GAV auch). Wird das Arbeitsverhältnis während des Kalenderjahres ordnungsgemäss aufgelöst, so besteht der Anspruch auf den 13. Monatslohn anteilmässig und ist mit dem letzten Zahltag auszubezahlen. Gemäss Artikel 341 des Obligationenrechts (OR) können Arbeitnehmende während der Dauer des Arbeitsverhältnisses und eines Monats nach seiner Beendigung auf Forderungen, die sich aus unabdingbaren Vorschriften des Gesetzes oder unabdingbaren Bestimmungen eines Gesamtarbeitsvertrages ergeben, nicht verzichten. Die Bestimmung bezüglich des 13. Monatslohns gemäss GAV des Maler- und Gipsergewerbes begründet einen Anspruch, auf den während des Arbeitsverhältnisses sowie einen Monat darüber hinaus nicht verzichtet werden kann. Ein Verzicht Ihrerseits ist somit gemäss Gesetz nicht zulässig. Sie haben Ende April Anspruch auf 4/12 des 13. Monatslohnes.

Verdacht auf Lohndiskriminierung? Das können Sie dagegen tun:

Nachfragen, Belege sammeln,

Die neusten Zahlen zeigen es: Der Lohngraben zwischen Mann und Frau nimmt neuerdings sogar wieder zu. Ein Skandal! Doch work zeigt: Das müssen Sie sich nicht gefallen lassen.

MARTIN JAKOB

Es gibt Skandale, die sind so allgegenwärtig und dauern schon so lange an, dass die Gefahr besteht, sich an sie zu gewöhnen. Die Lohnunterschiede bei Frau und Mann wären ein Skandal von dieser Sorte, würden ihn nicht Gewerkschaften und Frauenorganisationen hartnäckig ins Bewusstsein rufen.

Seit 40 Jahren steht zwar in der Bundesverfassung: «Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.» Und seit 25 Jahren ist dieser Grundsatz im Gleichstellungsgesetz konkretisiert. Seit der Revision vom letzten Jahr verpflichtet dieses Gesetz zudem die Firmen mit 100 und mehr Mitarbeitenden zur Durchführung einer Lohngleichheitsanalyse.

RIESIGER LOHNGRABEN

Die Tiefe des Lohngrabens hat work gerade wieder neu berechnen lassen. Und die Zahlen zeigen es deutlich: Es geht nicht vorwärts mit der Lohngleichheit. Im Gegenteil, sie steigt neuerdings wieder an. Nicht nur ist jener Anteil gestiegen, der alleine durch Diskriminierung zu erklären ist (von Das zeigen die Berechnungen des Berner Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (Bass). Pikant: Die Zahlen beziffern nur jenen Teil des Lohnunterschieds, der nicht durch Faktoren wie Ausbildung, Erfahrung oder Verantwortung erklärbar ist. Sondern rein durch Diskriminierung (die Details: **rebrand.ly/lohngraben).**

Jährlich werden die Frauen um 10 Milliarden Lohnfranken geprellt.

42,3 Prozent im Jahr 2014 auf heute 45,4 Prozent). Sondern auch der gesamte Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern hat wieder zugenommen, von 18,3 auf 19 Prozent.

In Franken und Rappen heisst das: Heute wird jede erwerbstätige Frau in der Schweiz pro Jahr im Schnitt um 8300 Franken geprellt. Auf ein ganzes Frauenerwerbsleben von 43 Jahren umgerechnet, beträgt die Lohnlücke im Minimum 357 000 Franken. Alle berufstätigen Frauen zusammen werden in der Schweiz jährlich um mehr als 10 Milliarden Franken geprellt.

PAPIERTIGER

Aude Spang, Gleichstellungs- und Jugendsekretärin der Unia, nennt mehrere Gründe für die unbefriedigende Situation. «Bei den rechten Parteien und in den Firmen ist die patriarchale Weltsicht immer noch gang und gäbe», sagt sie. «So ist mit der jüngsten Revision des Gleichstellungsgesetzes ein Papiertiger entstanden, der kaum etwas bringt, besonders wenn die Lohnanalyse nicht einmal sozialpartnerschaftlich durchgeführt wird.» Ausserdem unterstünden in der Schweiz zu viele Arbeitsverhältnisse keinem Gesamtarbeitsvertrag: «Ein GAV kann Lohndiskriminierung besser verhindern», sagt Spang. «Aber um Lohnungleichheit effizient zu bekämpfen, braucht es zudem Mindestlöhne, insbesondere in Tieflohnbranchen, so dass Frauenberufe besser bezahlt werden.» Eine weitere Ursache sei die in der Schweiz übliche Geheimnistuerei um die Löhne: «Wäre es überall normal, Löhne transparent zu machen, kämen auch diskriminierende Unterschiede eher ans Tageslicht.»

Kein Gesetz verbietet Ihnen, in der Firma über den Lohn zu reden.

HEGEN SIE VERDACHT?

Viele Berufsfrauen haben deshalb zunächst nur einen Verdacht, dass sie ungerechtfertigterweise weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen mit gleichwertiger Arbeit erhalten. Ist das bei Ihnen der Fall, dann sollten Sie besser nicht als erstes im Personalbüro oder bei der Chefin vorsprechen. Sammeln Sie zunächst Belege, die Ihren Verdacht bestätigen könnten:

- Auf **www.lohnrechner.ch** schauen Sie nach, was Angestellte in Ihrem Beruf, Ihrer Branche, Ihrer Region je nach Ausbildung, Funktion und Dienstalter üblicherweise verdienen. Der Lohnrechner des Bundes liefert die Resultate auch getrennt nach Geschlechtern **(rebrand.ly/salariumschweiz).**
- Vergleichen Sie Ihren Lohn mit jenem von Kolleginnen und Kollegen. Es gibt kein Gesetz, das Angestellte zur Geheimhaltung ihres Lohns verpflichtet (in Einzelfällen kann der Arbeitsvertrag begründete Ausnahmen vorsehen). Das

Läuft ein Verfahren, darf Ihnen nicht gekündigt werden.

Bundesgericht hat sogar ausdrücklich festgehalten, Löhne unterstünden nicht der Geheimhaltungspflicht im Rahmen der Treuepflicht von Angestellten.

- Wenden Sie sich an die Unia oder an Ihre Personal- oder Betriebskommission. In jedem Fall sind die Chancen und Risiken

WORKTIPP

NACHTRÄGLICH KLAGEN

Sie haben bereits die Stelle gewechselt? Dann können Sie gegen Ihren früheren Arbeitgeber, bis zu fünf Jahre nachdem Sie die Stelle verlassen haben, Klage wegen Lohndiskriminierung einreichen.

Eine Patientenverfügung hilft

Ihr Wille geschehe

ÜBERLEBEN, WEITERLEBEN: Für die Patientenverfügung müssen Sie sich klar werden, welche Nachteile Sie für die Lebensverlängerung in Kauf nehmen. FOTO: REUTERS

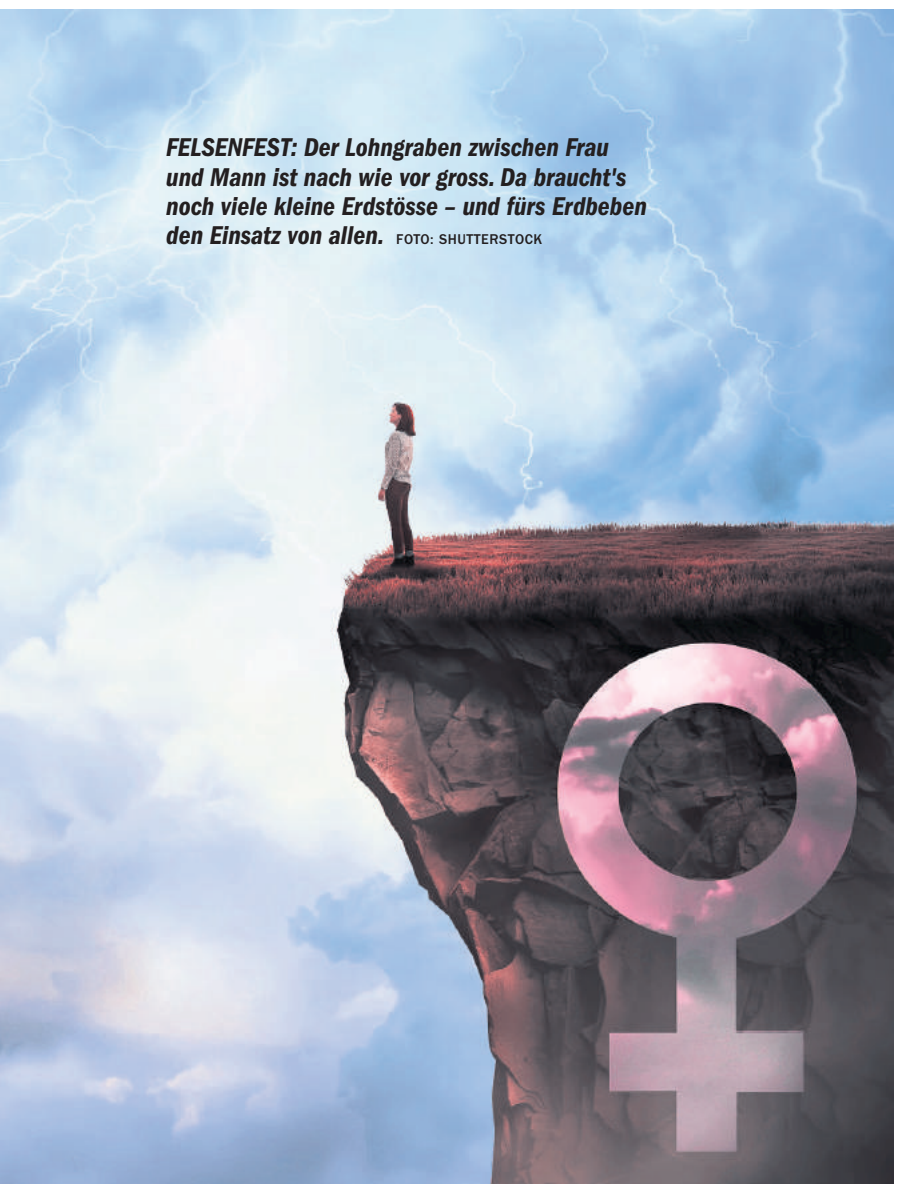
Damit nicht andere für Sie entscheiden müssen, wenn Unfall oder Krankheit Sie urteilsunfähig machen, gibt es die Patientenverfügung. Diese sollten Sie aber sorgfältig aufsetzen!

MARTIN JAKOB

Ein Albtraum: Sie sehen plötzlich nur noch verschwommen. Sie stürzen. Bewusstlos werden Sie in den Notfall eingeliefert. Typische Symptome eines Schlaganfalls. Jede zweite Person, die einen Schlaganfall überlebt, bleibt pflegebedürftig und schwerbehindert. Welche Massnahmen soll und darf das Spital nun anwenden, um Ihr Leben zu retten? Die Ärzte sind durchs Gesetz verpflichtet, Sie über ihr Vorgehen zu informieren, die Chancen und Risiken zu erläutern und für die Behandlung Ihr Einverständnis einzuholen. Aber Sie sind ja im Moment gar nicht urteilsfähig!

AUFFINDBAR. Für Fälle wie diese ist die Patientenverfügung gedacht. Darin formulieren Sie, ob und welche lebensrettenden und lebensverlängernden Massnahmen getroffen werden sollen, falls Sie dazu nicht befragt werden können. Wünschen Sie Reanimation, Beatmung und künstliche Ernährung? In der gleichen Verfügung bezeichnen Sie eine Person, die Ihren Willen gegenüber dem Behandlungsteam geltend macht. Sie unterschreiben die Verfügung, stellen der Vertretungsperson und allenfalls Ihrer Hausärztin eine Kopie zur Verfügung und tragen stets ein Kärtchen bei

Verbündete finden



FELSENFEST: Der Lohngraben zwischen Frau und Mann ist nach wie vor gross. Da braucht's noch viele kleine Erdstösse – und fürs Erdbeben den Einsatz von allen. FOTO: SHUTTERSTOCK

einer Klage abzuwägen und die Möglichkeiten zu überlegen, ob und wie ein kollektives Vorgehen mehr bringen würde.

KLAGBARES UNRECHT

Gegen Lohndiskriminierung können betroffene Personen Klage einreichen. Jeder Kanton hat dafür Schlichtungsstellen eingesetzt. Die zuständigen Stellen und Abläufe in Ihrem Kanton finden Sie auf **www.gleichstellungsgesetz.ch.** Das Verfahren ist kostenlos, jedoch müssen allfällige Anwaltskosten der Klägerin von dieser selber oder von ihrer Rechtsschutzversicherung getragen werden. Während des Verfahrens und sechs Monate danach besteht ein Kündigungsschutz. Die Schlichtungsstelle muss ihr Verfahren innert 12 Monaten abschliessen und hat eine gütliche Einigung zum Ziel; scheitert diese, kommt es zum Gerichtsverfahren – und das kann dauern.

Ein Klagerecht haben auch Verbände, insbesondere Gewerkschaften und Frauenorganisationen. Vor allem wenn sich herausstellt, dass nicht Sie als einzige von Lohndiskriminierung betroffen sind, ist eine Verbandsklage vorteilhafter: Nicht nur erzeugt sie mehr Druck, Sie können auch vorerst anonym bleiben. Und gemeinsam mit anderen Betroffenen ist auch die Prozedur eines Gerichtsfalls leichter durchzustehen.

➥ Materialien und Mutmacher-Infos zur Lohngleichheit finden Sie auf der Unia-Website unter «Kampagnen – Lohngleichheit».

LOHNGLEICHHEITS-ANALYSE

STUMPFE WAFFE

Seit dem 1. Juli 2020 ist für Firmen mit 100 und mehr Angestellten die Durchführung einer Lohngleichheitsanalyse Pflicht. Allerdings hat das Parlament in der Revision für gravierende Schwächungen gesorgt. Erstens können sich die Firmen dafür ganz viel Zeit lassen: Analyse bis 30. Juni 2021, externe Prüfung bis 30. Juni 2022, Information an die Angestellten bis 30. Juni 2023. Schneckentempo! Zweitens haben Verstösse gegen die Lohngleichheit keinerlei rechtliche Konsequenzen: Firmen, welche die Toleranzgrenze von 5 Prozent bei den unerklärten Lohnunterschieden zwischen Frau und Mann überschreiten, müssen einfach vier Jahre später nochmals eine Analyse durchführen und dann nochmals vier Jahre später, und 2023 läuft das befristete Gesetz sowieso aus … Und drittens überlässt es das Gesetz den Firmen, ob sie die Analyse unter Einbezug der Sozialpartner durchführen oder nicht. Was in der Praxis bedeuten wird: eher nicht.

So können Sie als Unia-Mitglied helfen, mehr Druck aufzubauen: Setzen Sie sich dafür ein, dass Ihr Unternehmen die Lohnanalyse sozialpartnerschaftlich durchführt. Auch wenn Ihre Firma weniger als 100 Mitarbeitende zählt, lassen sich seriöse Lohngleichheitsanalysen durchführen – das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EGB) stellt dazu die passenden Tools zur Verfügung. (jk)

Und der Tipp für Vertrauensleute: Machen Sie sich fit für Lohngleichheitsanalysen! Den entsprechenden Kurs bietet Movendo dieses Jahr neu an: «Lohngleichheitsanalysen konkret», 21.9.2021, Olten, **www.movendo.ch.**

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

PLAUDERTASCHEN: Man weiss es ja, vergisst es aber gern: Der Preis von Gratis-Apps besteht oft darin, dass sie Benutzerinformationen an Datensammler liefern. FOTO: ADOBE STOCK

Viele Passwortmanager geben Daten weiter

Wer viele Passwörter auf dem Handy verwendet, benutzt am besten einen Passwortmanager. Darin sind alle Passwörter gespeichert, und Sie müssen sich nur ein einziges Hauptpasswort merken. Danach erhalten Sie automatisch Zugriff auf alle gespeicherten Passwörter.
Doch jetzt zeigt ein Test von Experten des IT-Fachmagazins «c't»: Viele Passwortmanager-Apps sind nicht sicher. Getestet wurden 24 Apps für Android-Smartphones.

GRATIS. Gut und dazu noch kostenlos sind zwei Apps: Keepass2Android und PasswdSafe. Ebenfalls gut, aber kostenpflichtig sind 1Password, mSecure, SaferPass und SecureSafe. Alle anderen 18 Apps fielen im Test durch. Der Grund: Sie geben Informationen an Datensammler wie Google, Facebook, Amazon oder Microsoft weiter. Damit lassen sich Benutzerprofile erstellen: Was kauft die Person ein? Was sind ihre Interessen? Diese Apps heissen Avira, Bitwarden, Cyclonis, Dashlane, Enpass, eWallet, F-Secure ID Protection, Kaspersky, Keeper, LastPass, McAfee True Key, Nordpass, Password Depot, RoboForm, SafeInCloud, Steganos Passwort-Manager, StickyPassword und Trend Micro.

18 von 24 Apps liefern Infos an die Datenkraken Google & Co.!

UNSICHER. Nicht immer ist es sicher, die Passwörter direkt auf dem Handy zu speichern, ohne Zusatzsoftware. Denn so kann jede Person, die den Pin-Code fürs Handy kennt, die Passwörter lesen. MARC MAIR-NOACK

– auch im Notfall

sich, auf dem steht, wer benachrichtigt werden soll und wo das Dokument abrufbar ist. Verschiedene Organisationen bieten dafür Formulare an (hier eine Auswahl: **rebrand.ly/uebersichtpv).** Sie wählen also eines aus, füllen es aus und unterschreiben. So einfach ist das.

DER FALL BIENENSTICH. Nein, so einfach ist das nicht! Tanja Krones, Leiterin des Klinischen Ethikkomitees am Universitätsspital Zürich: «In jedem vierten Fall, den wir vorgelegt erhalten, geht es um Konflikte aufgrund unklarer Patientenverfügungen.» Die Ärztin und Soziologin fällt ein nüchternes Urteil über die Mehrzahl der gängigen Formulare. «Ein paar Kreuzchen machen reicht einfach nicht», sagt sie. Denn für Laiinnen und Laien sei schwierig abzuschätzen, welche medizinischen Massnahmen in welchen Situationen und mit welchen Zielen zum Einsatz kommen. «Jene, die schreiben, sie möchten nicht an Maschinen und Schläuche angehängt werden, denken dabei wahrscheinlich an eine Situation, in der es um Lebensverlängerung trotz schlechter Prognose geht», nennt Krones als Beispiel: «Ginge es aber darum, dass ihnen die gleichen Apparate nach einem Bienenstich mit schwerem Allergieschock das Leben retten, hätten sie wohl nichts dagegen.»

KURZE ODER LANGE FRIST. Krones plädiert deshalb für die «Patientenverfügung plus» nach dem Konzept von Advance Care Planning (ACP), also der gesundheitlichen Vorausplanung: Mit einer geschulten Beratungsperson bespricht man, idealerweise in Begleitung einer nahestehenden Person, persönliche Werte und Wünsche ans Leben, zu Krankheit und Tod. Daraus entwickeln sich die schriftlich festgehaltenen Therapieziele bei Urteilsunfähigkeit, unterschieden nach Notfällen, schwerer Krankheit oder bleibender Urteilsunfähigkeit. Das Bundesamt für Gesundheit fördert dieses in der Schweiz noch junge Konzept, und der Verein ACP Swiss wirkt als Dachorganisation der Beratungsstellen **(www.acp-swiss.ch).** ACP-Beratungen sind kostenpflichtig (etwa 150 Franken pro Stunde), die Übernahme durch die Krankenkasse wird politisch diskutiert. Fragen Sie Ihre Kasse, ob sie Kulanz zeigt!

BUCHTIPP

PLANEN MIT ACP

Das Sachbuch: Warum es sich lohnt, gesundheitlich vorauszuplanen; wie die Patientenverfügung nach dem Konzept von Advance Care Planning entsteht; was sie regelt und wie sie in der Praxis angewendet wird.

Tanja Krones und Monika Obrist (Hg.): **Wie ich behandelt werden will.** 168 Seiten, Verlag Rüffer & Rub, ca. 20 Franken.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät

Muss ich während der Reisezeit arbeiten?

Ich mache eine KV-Lehre und arbeite zurzeit im Homeoffice. Da ich nicht mehr ins Büro fahre, sagt mein Chef, ich solle die eingesparte Reisezeit zum Arbeiten verwenden. Muss ich das?

Aude Spang, Jugendsekretärin.

«Nein. Auch im Homeoffice gelten die Rechte des Arbeitsgesetzes! Für die Zeiterfassung gelten demnach die üblichen Regeln: Wenn deine Reisezeit normalerweise nicht bezahlt wird, musst du während dieser Zeit auch im Homeoffice nicht zusätzlich arbeiten. Die Pflicht der Arbeitszeiterfassung gilt sowie jene zur Einhaltung der Ruhezeiten. Die Grenzen zwischen Arbeits- und Freizeit müssen aufrechterhalten werden, und ohne Bewilligung sind Nacht- sowie Sonntagsarbeit verboten.
Dein Arbeitgeber hat weitere Verpflichtungen und muss zum Beispiel die Gesundheit der Arbeitnehmenden schützen, die nötigen Arbeitsinstrumente und -materialien fürs Homeoffice zur Verfügung stellen und auf seine Kosten für einen geeigneten Arbeitsplatz (ergonomischer Bürostuhl und Tisch, genügend grosser Bildschirm usw.) sorgen. Bei Lernenden muss er speziell beachten, dass sie die Lernziele trotz Homeoffice erreichen.»

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin?
Schreib an **lehre@unia.ch**

workrätsel

2 Coop-Gutscheine à je Fr. 150.– zu gewinnen!

Die Gutscheine können bei Coop sowie Unternehmen der Coop-Gruppe eingelöst werden.

Coop Rechtsschutz wünscht Ihnen einen guten Einkauf!

coop rechtsschutz
einfach anders.

Kleidungsstück			Schweinelaut i. Comic	jede, jeder	Seiten, Flügel		zweite Mahd	russ.: ja	moral. Gesinnung	ital. Tonbez. für das D	Teigware (Ez.)	zwecks			Ergebenheit, Hingabe	eilig	Klostervorsteher	Augenblick, im ...
Brasiliens Ex-Präsident					aus gegerbter Tierhaut							adlige Gewerkschafterin				10		
Titelfigur bei Brecht †			Haushaltspläne		Laie, Nichtprofi								Fortpflanzungszelle		arab.: Vater (bei Namen)			
Landschaft im Kanton Bern								Hafenschutzdämme		andere Bez. für den Gott Thor		Wohlwollen, Güte						ärztl. Instrument
		6			militär. Verband, Heer		gemässigt								südkorean. Hptst.		flüssiges Pflanzenfett	
relig. Glaubensgruppe	Keimzelle	flach positionieren		Schwebeteil in der Luft								blühende Pflanze		Gärfutterbehälter		1		
Vater u. Mutter					7		seltenes einheim. Nagetier		Strom in Zentralafrika		etwas in Gang bringen							
		8		Marktbuden		mit Geld entlohnt								Militärparade		Abk.: Idaho		
niederträchtig, gemein	Teile e. Buchreihe		Veranstaltung an der Uni				5				Name der Europarakete		Flugsandhügel					
Jagdergebnis				2		gemahlenes Getreide		eh. CH-Bobfahrer (Beat)		schwarze Drossel						längster Strom Europas		US-Computerpionier (Bill)
			Spielfeld b. Hornussen		nicht nur eines				3				Reizleiter im Körper		Frauenrenten: Hände ...!			
mythol. Mutter d. Wellen		Schiedsrichter (engl.)								nervös. Muskelzucken		Kartoffelsorte						
abschlägige Antwort					lat.: und		sozialdemokr. Partei d. Schweiz		Verweis, Rüge				4		Abk.: Geschäftsleitung		Internetkürzel Österreich	
unter Dauerbeschuss (Alain)		heilkräftig. Mineral						11				jamaik. Musikstil						
						Kreisberechnungszahl			Brühwürste		9							

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 5
Das Lösungswort lautete: UNGLEICHHEIT

	T	L				U			M			W		A							
	R	E	S	S	O	R	T		A	R	D	E	R	N			S	E	X		
	O	H		E		H	O	E	R	B	A	R		I			I	N	S		
	E	R	R	E	G	E	N		M		L		U	M	W	E	G				
I	D	E	E	N		B		P	O	S	A	U	N	E			S		E		
	E		I		H	E	X	E	R	E	I		G		S	T	A	R			
	L	A	B	O	U	R		N		O		C	A	Y	M	A	N	S			
E	N	T	E		S		A	N	R	U	F	E	R		A		A	T			
		L		G	A	B	R	I	E	L		L		A	R	M	E	E			
	K	A	T	A	R		T		G		F	L	I	R	T		M				
J	U	S		L		L	I	B	E	R	I	A		M		K	I	T			
	T		D	A	G	E	G	E	N		N		R	A	P	P	E	R			
	T	R	A	X		W		L		E	N	N	E	T		S		I			
	E		D	I	V	I	D	E	N	D	E		B	U	S		R	F			
A	N	S	A	E	S	S	I	G		I	N	T	E	R	P	R	E	T			

DEN PREIS, eine Übernachtung im See- und Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU, hat gewonnen: Bernhard Liniger, Lengnau BE. Herzlichen Glückwunsch!

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 16.April 2021

INSERAT

12. Mai
Internationaler
Tag der Pflege

UNIA

Zeigen wir Politik und Arbeitgebern, dass es höchste Zeit ist für gute Arbeitsbedingungen! Auch in Alters- und Pflegeheimen.

Ab auf die Strasse! Mach mit bei der Aktion in deiner Region. Melde dich jetzt an!

unia.ch/tag-der-pflege

WORKLESERFOTO

Frohe Ostern!

WANN August 2020
WO Uster ZH
WAS Kaninchen Mey und Ron in ihrem Stall
Eingesandt von Gabi Reichlin Schär, Uster ZH

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

workquiz

Wie gut sind Sie?

1. Schoggi I:
Wie macht man weisse Schokolade?
a) mit Puderzucker?
b) mit weisser Kakaobutter?
c) mit Eiweiss?
d) mit Weissmachern?

2. Schoggi II:
Was macht man beim Conchieren der Schokolade?
a) kneten und erhitzen?
b) panachieren und kumulieren?
c) kühlen und zentrifugieren?
d) lardieren und tomatieren?

FOTO: MATHIAS LUGGEN

3. Schoggi III:
Welche Jahreszeit gibt es nicht in der Schokoladefabrik?
a) ewiger Frühling?
b) ewiger Sommer?
c) ewiger Herbst?
d) ewiger Winter?

4. Schoggi IV
Wer hat die Schokoladefabrik Villars in Villars-sur-Glâne gegründet?
a) William Shakespeare?
b) Wilhelm Tell?
c) Wilhelm Kaiser?
d) Willi Ritschard?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1b, 2a, 3a und c, 4c

WORKPOST

Was macht eigentlich Ex-SGB-Chef Paul Rechsteiner?
«Alle, die hier geboren sind, gehören zur Schweiz»

WORK 5 / 19.3.2021:
«ALLE, DIE HIER GEBOREN SIND, GEHÖREN ZUR SCHWEIZ»

Danke, Paul!

Besten Dank, Paul, für das neue Engagement in Sachen Bürgerrecht für alle in der Schweiz Geborenen. Es ist in der Tat unfassbar, welche Hürden Menschen in den Weg gelegt werden, die nur hier leben wollen, und auch jenen, die schon Jahrzehnte in der Schweiz leben. Mein Partner und ich können davon ein (trauriges) Lied singen. Es geht ja auch darum, einer bestimmten Partei endlich ein «Hetzkapital» zu entziehen. Alle aufgeschlossenen Schweizerinnen und Schweizer werden dafür einstehen (müssen).

MAX KRIEG, PER MAIL

WORK 5 / 19.3.2021: ZWINGT EINE GEWERKSCHAFTERIN DIE QUEEN IN DIE KNIE?

Danke, Prinzessin!

Nach 45 Jahren Gewerkschaftsmitgliedschaft ist es für mich ausserordentlich erbauend zu wissen, dass wir eine so streitbare Prinzessin in unseren Reihen haben. Das stärkt unsere Reputation massgeblich. Ich hoffe ihr könnt in absehbarer Zeit einen Artikel in ähnlicher Sache mit Melania Trump als Hauptperson veröffentlichen. Danke für eure super Arbeit, auch in Sachen Satire.

JÜRG FREI, PER MAIL

WORK 5 / 19.3.2021: ROSA ZUKUNFT

Der Verkehrsclub ist für alle da

Es ehrt und freut mich, dass erneut einige meiner Gedanken bei euch auf der Leserbriefseite Eingang finden. Leider schlichen sich bei ihrer Einarbeitung in die Einleitung der neuen Kolumne Missverständnisse ein. Als «Verkehrs»(!)–Club wertet der VCS statutengemäss alle Mobilitätsarten seit rund 4 Jahrzehnten gleichwertig, jede an ihrem Platz und auf maximale Effektivität ausgerichtet. Holistisch sozusagen, von Pedibus (Fussverkehr) über Tandem bis Lastkahn. Das unterscheidet ihn vom Velo-, Ruder- oder Aero-Club. Er ist absolut kein ÖV-Club, obwohl sich dieses Bild durch redaktionelle Fehlleistungen wie die des nach wie vor unbekannten Autors (mit wem «verkehre» ich denn da?) in der Öffentlichkeit verfestigt hat. Der VCS ist auch nur teilweise in Opposition zu den Autolobby-Clubs TCS und ACS, bietet er den Autofahrern doch die genau gleichen Dienstleistungen an.

STEFAN HILBRAND, PER MAIL

WORK 4 / 5.3.2021: «ZUR KINDERGÄRTNERIN BERUFEN? MITNICHTEN!»

Kindergärtnerin: Ein sehr guter Beruf

Kindergärtnerin ist doch ein sehr guter Beruf. Ich finde es schade, dass man heutzutage dazu eine Matura braucht. Ok, meine Mutter war im Kindergartenwesen tätig gewesen, auch im schweizerischen Verein und und und. Ihre Generation hat viel erreicht für die Kindergärten und damit für die Kinder. Als Kind waren um mich herum massenhaft Kindergärtnerinnen gewesen. Früher wurden die Kinder auch gefördert, und es wurde nicht «nur» gespielt. Warum muss man nun dem Beruf Kindergärtnerin irgendwelche Dinge anhängen? Die Qualität im Kindergartenwesen ist sehr hoch gewesen, bevor der Beruf umorganisiert wurde und neu Matura erfordert.

DELPHINE JUDITH LAWS, VIA FACEBOOK

WORK 4 / 5.3.2021:
LA SUISSE EXISTE: DANKE, URS!

Immer zeitgemäss und spannend

Haushohe Bewunderung meinerseits, lieber Jean! Deine Kolumnen sind in der work-Zeitung immer zeitgemäss und spannend! Wie ist dein Wissen so frisch geblieben. Viele Kontakte schon lange nicht mehr gehabt, aber noch taufrisch im Kopf. Meisterhafter Bericht über Urs Jaeggi!

T. HALDIMANN, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

WORK 4 / 5.3.2021:
«VERSTECKIS» MIT MILLIARDEN

Ignoranten und Flachdenker

Es gibt immer wieder Ignoranten und Flachdenker, die den reichen Säcken gratulieren und etwas von Neid faseln. Fakt ist, eine Gemeinschaft muss sich finanzieren können. Und wenn die Reichsten sich davor drücken, dann bleibt die Rechnung bei den übrigen (also uns) hängen. Dass die vielen Millionäre und Milliardäre von den selbstverliebten Populisten auch 2020 Millionen kassiert haben, wird ignoriert. Hauptsache, sie befriedigen die Stammtischphilosophen und schreien Diktatur.

BARNEY RUMBLE, VIA FACEBOOK

WORK 4 / 5.3.2021:
DIE RECHTEN DREHEN DURCH

Dank Teflon noch immer lärmig

Erstaunlich, wie es Christoph Blocher immer noch gelingt, mit viel krassem Lärm Themen zu setzen – und seien sie noch so unsinnig. Und dass umgehend viele führende Köpfe der SVP in seinen Schlachtruf einstimmen. Erstaunlich vor allem auch deshalb, weil – wegen eines allzu kurzen Gedächtnisses – viele vergessen, was dem grossen Polterer alles angelastet werden muss. Offenbar schützt ihn so etwas wie eine grosse Portion Teflon davor, dass allen in Erinnerung bleibt, dass er mit Martin Ebner zusammen die Schweizerische Aluminiumgesellschaft – für beide mit Gewinn von Dutzenden Millionen, für den Kanton Wallis aber mit schweren Folgen – ins Ausland verkauft und ihr Elektrizitätswerk privatisiert hat. Dass er, erneut zusammen mit Martin Ebner, die AHV privatisieren wollte; dass er die Arbeitsgruppe südliches Afrika gegründet hatte, um damit die Uno-Sanktionen gegen das südafrikanische weisse Apartheid-System zu unterlaufen; dass er, ohne «mit goldenen Löffeln geboren zu sein», aber mit Unterstützung der Grossbanken und mit umstrittenen Methoden die Emser Werke kaufte; dass er zwar nicht müde wird, sich als «Super-Demokraten» darzustellen, aber Andersdenkende immer wieder verhöhnt, verspottet, diffamiert. So wie auch das Parlament, aus dem er als gewählter Nationalrat hochnäsig ausgetreten war, weil ihn dafür die Zeit reue. Um es so quasi als Schwatzbude herabzusetzen. Dabei hatte er als Führerfigur der SVP zugelassen, dass diese Partei immer wieder mit Halbwahrheiten, Aufhetzung gegen Minderheiten gearbeitet hat und arbeitet. Und auch gegen die Pandemiemassnahmen – weil zu teuer –, sich aber in der Coronakrise vom Bundesrat 1,2 Millionen Franken auszahlen liess für seine Alt-Bundesrats-Renten, auf die er vorher werbewirksam öffentlich «verzichtet» hatte.

KARL GMÜNDER, PER MAIL

Quentin Pellegrinelli (25) zeigt seine Schoggi-Seite

«Ich liebe die Weisse mit Kokos»

Vom bitteren Kakao zur süssen Schoggi: Lebensmitteltechnologe Quentin Pellegrinelli weiss, wie das geht.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Es herrscht ewiger Winter in den Lagerhallen mit den grossen weissen Säcken. Darin liegt braunes Gold aus Ghana, Ecuador, der Elfenbeinküste oder Madagaskar: Kakao. Die kostbaren Bohnen aus Übersee warten darauf, in einen Schweizer Leckerbissen verwandelt zu werden: Schokolade. Die Bohnen müssten gekühlt werden, damit sie nicht verderben würden, erklärt Quentin Pellegrinelli. Der 25jährige mit den kunstvollen Tattoos an den Armen ist einer von rund 150 Mitarbeitenden, die beim Traditionsunternehmen Villars in Freiburg Schokolade produzieren.

Im Saal mit den grossen Silos herrscht ewiger Sommer. Dort lagert die Essenz der Schokolade: flüssiger Kakao. Der Duft lässt die entstehende Köstlichkeit erahnen. Pellegrinelli erklärt: «Die Bohnen werden zuerst gereinigt, geschält, zerbrochen und dann geröstet. Je nach Herkunftsland brauchen sie eine andere Röstung. Danach werden sie gemahlen.» Doch dabei entsteht nicht etwa Pulver, sondern eine zähflüssige Masse: purer Kakao. «Die Kakaobutter sorgt für Flüssigkeit, beigefügt wird hier nichts», erklärt Pellegrinelli. Und wieso die Hitze? Weil die Masse sonst «gefriert». Das geschieht bereits ab unter 30 Grad Celsius.

KIRSCH. Pellegrinelli ist seit 9 Jahren bei Chocolat Villars. Der Freiburger hat dort die Lehre als Lebensmitteltechnologe gemacht, mit Spezialisierung auf die Produktion von Schokolade. Pellegrinelli: «Bei Villars wird der ganze Produktionsablauf, von der Röstung bis zur Verpackung, im Haus gemacht. In der Lehre habe ich alle Abteilungen besucht und gemerkt, wie spannend die Schokoladeherstellung ist.» Später wurde er Leiter einer Produktionsstrasse. Und im vergangenen Jahr ist er zum Team-Koordinator aufgestiegen. «Das ist es, was mir bei Villars gefällt. Es hat viel Raum, sich zu entwickeln.»

Der Berner Wilhelm Kaiser gründete 1901 in der Freiburger Gemeinde Villars-sur-Glâne eine Schoggifabrik – daher auch der Name. Villars lieferte in viele europäische Königshäuser. Das Villars-Gebäude wird seit der Gründung immer noch von der Firma genutzt und gehört zu den schweizerischen Kulturgütern von nationaler Bedeutung. Und bereits 1935 erfand Villars die «Larmes de Kirsch» (Kirschtränen), die erste mit Liqueur veredelte Schokolade.

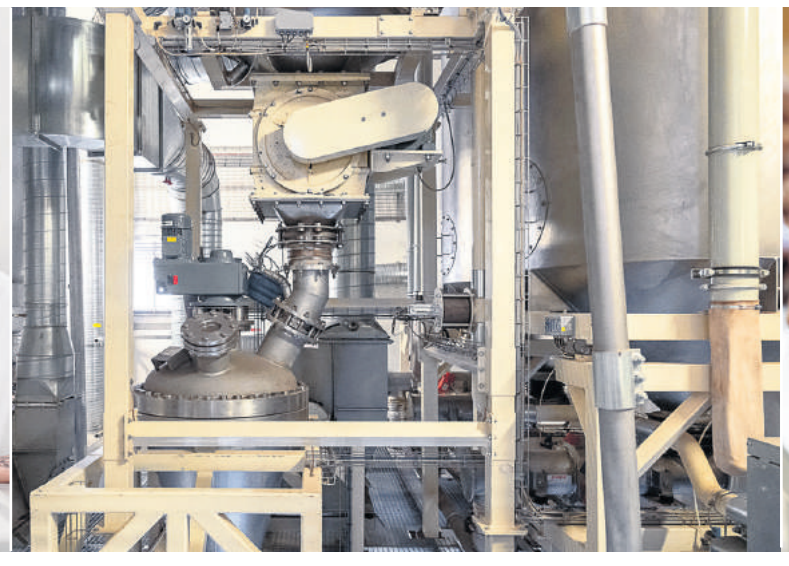
Liqueur, so heisst auf französisch auch die Kakaomasse – mit Kirsch hat diese aber nichts zu tun. Sie ist vielmehr die Basis für die Schoggiproduktion. Als nächstes kommen Milch und Zucker dazu, und das Ganze wird in einem riesigen Mixer vermischt. Danach wird die Masse in einer Walze raffiniert, damit sie cremig wird. Jetzt folgt das Conchieren: die zukünftige Schokolade wird 24 Stunden lang geknetet und erhitzt. Das Conchieren – erfunden vom Schweizer Robert Lindt Ende des 19. Jahrhunderts – ist die eigentliche Kunst der Schokoladeproduktion. Denn in diesem Prozess verliert der Kakao die Bitterkeit; was bleibt, ist der Geschmack.

MILCH. Auf Pellegrinellis Produktionsstrasse entstehen dann die Schoggitafeln. Die flüssige Schokolade wird in die Tafelformen gegossen – in dieser Woche ist es die klassische Milchschoggi. Durch Vibration werden Luftblasen entfernt und die Masse gleichmässig in der Form verteilt. Die Tafeln werden anschliessend abgekühlt, aus der Form geholt, und schliesslich verpackt. Pellegrinelli ist verantwortlich dafür, dass alles rundläuft: dass die Qualität stimmt, dass die Aluminiumverpackung korrekt ist, die richtigen Etiketten drankleben. Zu seinen Aufgaben gehört auch die Optimierung der Abläufe, und er muss schauen, dass die Sicherheitsvorschriften eingehalten werden.

KAKAO. Villars produziert rund um die Uhr, tagsüber im Zweischichtsystem. Pellegrinelli sagt: «Die Morgenschicht, die um 5 Uhr beginnt, ist mir lieber, danach habe ich fast den ganzen Nachmittag frei!» Was ihm hingegen zu schaffen macht, sind die Nachtschichten. Jährlich verbringt er ungefähr zwei Monate nachts in der Fabrik. «Die erste Nacht ist die schwierigste. Vor allem die Beine, die wollen da nicht mitmachen.» Doch man gewöhne sich daran. Bis er sich dann nach einer Woche wieder daran gewöhnen müsse, tagsüber zu arbeiten.

Hilft da ein Schöggeli in der Pause? «Klar!» sagt Pellegrinelli und lacht. Sein absoluter Liebling: weisse Schoggi mit Kokosraspel. Und er erklärt: «Auch die weisse Schokolade enthält übrigens Kakao. Allerdings wird hier nicht die ganze Kakaomasse verwendet, sondern nur die Kakaobutter.» Wenn er in der Fabrik sei, esse er gerne ein herzhaftes Stück. Für zu Hause brauche er dann allerdings keine Schokolade mehr.

In Pellegrinellis Linie läuft die Produktion vollautomatisch. Saisonale Produkte werden von einem anderen Team in Handarbeit hergestellt. So etwa die Schoggi-Osterhasen. Und da stehen sie in Reih und Glied: helle, dunkle, kleine, grosse, verschmitzte und lampiohrige.



HIGHTECH MIT HASE: Bis die Schokolade auf der Zunge schmelzen kann, sind viele Arbeitsschritte nötig. Und die unterschiedlichsten Temperaturen: Von ewigem Winter bis dauerndem Sommer.

QUENTIN PELLEGRINELLI

WANDERFREUND

Quentin Pellegrinelli lebt in Fravagny FR. Er ist ein leidenschaftlicher Wanderer, aber ohne Schoggi im Rucksack. «Zum Glück ein Hobby, das ich auch während Corona machen konnte!» Was er auch gerne macht, sind Reisen – wenn es denn möglich ist. Bei seiner letzten Reise vor Corona besuchte er zusammen mit seinem Bruder und Freunden während dreier Wochen Vietnam. Und wovon träumt er für den nächsten Trip? Ganz klar: Island. «Die Berge, die Landschaft, die Atmosphäre – das möchte ich gerne kennenlernen!»

ZEICHNER. Vor kurzem hat Pellegrinelli das Zeichnen entdeckt. Er zeichnet, was ihm gerade in den Sinn kommt, auf dem Tablet. Beigebracht hat er es sich selbst, mit der Hilfe von zahlreichen Tutorials, die im Netz zu finden sind.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch, Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Johannes Supe, johannessupe@workzeitung **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Dore Heim, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Lotta Suter, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.